

BLZ

Zeitschrift
der Gewerkschaft
**Erziehung und
Wissenschaft**
Bremen
Januar / Februar
Nr. 1 / 2018

SCHULEN SANIEREN!



NEUE BAUEN!



675 000 000 €

GEW

■ »Bleibt zu Hause!« So fasste die Deutsche Welle durchaus zutreffend den Tenor der öffentlichen Stellungnahmen zusammen, die Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu Beginn seines Besuchs in Ghana abgab. Zunächst hatte er in einem Interview mit der ghanaischen Tageszeitung Daily Graphic mit Blick auf die zahlreichen in die EU strebenden Menschen aus Westafrika erklärt, die Reise durch die Wüste und über das Mittelmeer sei viel zu gefährlich. Anschließend eröffnete der Bundes-

Sonderrolle Südafrika

Südafrika hat für die Bundesrepublik nicht nur mit seinen Rohstoffen eine Sonderrolle inne. Es ist ihr mit Abstand größter Handelspartner auf dem gesamten Kontinent und ihr wichtigster dortiger Investitionsstandort. Rund ein Drittel des deutschen Afrika-Handels wird mit dem Land abgewickelt, das zudem laut Angaben der Bundesbank zwei Drittel der unmittelbaren und mittelbaren deutschen Direktinvestitionen in Afrika absorbiert hat. Zu den Investoren zählen die großen Autokonzerne VW, Daimler und BMW, die alle schon zu Zeiten der Apartheid beste Geschäfte mit dem Land machten, Daimler übrigens auch mit der Lieferung von mindestens 2.500 Unimogs an die südafrikanische Armee – trotz des UN-Waffenembargos. Damals wurden in den deutschen Werken nicht nur die rassistischen Apartheidpraktiken penibel befolgt; schwarze Gewerkschafter mussten auch damit rechnen, bei Streiks festgenommen und auf den Polizeiwachen gefoltert zu werden.

Niedrige Löhne

Deutsche Unternehmen produzieren in Südafrika, dem am stärksten industrialisierten Land des Kontinents, das sich zudem im Rahmen des BRICS-Staatenbundes an einer eigenständigen Politik versucht, zum einen unmittelbar für den dortigen Markt, zum anderen für den Export in weitere afrikanische Länder. Das bringt viel Geld: Im Jahr 2012 konnten die über 350 deutschen Firmen in Südafrika einen Umsatz von knapp 18 Milliarden Euro erzielen. Ableger deutscher Firmen gibt es in nennenswerter Anzahl sonst nur in Nordafrika – in Ägypten sowie im Maghreb. Dort haben die Investitionen allerdings zumeist einen anderen Charakter: Es geht darum, die niedrigen Löhne zur Produktion für den europäischen Markt auszunutzen. Klassisches Beispiel dafür ist Tunesien. Dort beträgt der Mindestlohn aktuell mit 140 Euro im Monat weniger als die Hälfte desjenigen in Rumänien (320 Euro); zugleich ist der Warentransport per Schiff über das Mittelmeer genauso problemlos möglich wie der Landtransport aus Südosteuropa.

Die Massenflucht nicht nur aus dem Maghreb, sondern vor allem auch aus den Staaten südlich der Sahara macht der Bundesregierung zunehmend Sorgen. Entsprechend hat die deutsche Migrationsabwehr Hochkonjunktur. Nicht nur das Mittelmeer wird abgeriegelt. Schon seit Jahren werden die Polizeien insbesondere der Sahelstaaten hochgerüstet und trainiert – unter anderem mit einem »Polizeiprogramm Afrika« der bundeseigenen Entwicklungsorganisation GIZ –, werden Länder wie Äthiopien, Eritrea und Sudan über die EU mit Grenztechnologie und mit Mitteln zum Bau von Lagern versorgt, um Flüchtlinge schon möglichst weit im Süden zu stoppen. Doch wird das ausreichen, um Europa abzuschotten? Laut aktuellen Schätzungen wird sich die Bevölkerung Afrikas von derzeit 1,2 Milliarden Einwohnern bis zum Jahr 2050 auf 2,5 Milliarden mehr als verdoppelt haben.

Zukunftsstrategien

Mit dem Bevölkerungswachstum nehme auch die Zahl der Erwerbsfähigen zu; bis 2050 könne sie von heute mehr als 400 Millionen Menschen auf gut eine Milliarde steigen. Gleichzeitig sei damit zu rechnen, dass die Lohnkosten »in allen anderen Weltregionen« deutlich stärker stiegen als südlich der Sahara. Wer in den 2020er, vor allem aber in den 2030er und den 2040er Jahren weiterhin Niedriglohnproduktion betreiben will, muss sich rechtzeitig in den zuletzt von der deutschen Wirtschaft vernachlässigten Gebieten des Kontinents festsetzen. Dazu sollte zuletzt die Reise von Bundespräsident Steinmeier nach Ghana beitragen.

Der Text ist die gekürzte Version eines Artikels in der »Jungen Welt« vom 20.12.17. Jörg Kronauer referiert zu diesem Thema am Donnerstag, 8. März, um 19.30 Uhr in der Villa Ichon, Goetheplatz 4.

Der neue Wettlauf um Afrika

Die Reise des Bundespräsidenten nach Ghana und die Absichten dahinter

Jörg Kronauer



Jörg Kronauer
Sozialwissenschaftler
und Journalist

präsident in Accra ein »Migrationszentrum«. Dessen Zweck: Es soll Menschen, die auf dem Weg nach Europa aufgegriffen werden, mit der Aussicht auf Hilfe bei der Jobsuche zur Rückkehr bewegen – und ausreisewillige Ghanaer über Möglichkeiten zur Auswanderung nach Deutschland informieren, die freilich fast nicht existieren. Bei so viel Migrationsabwehr wäre der Hauptanlass für Steinmeiers Westafrikareise fast untergegangen: die Unterzeichnung einer Vereinbarung für die »Reformpartnerschaft«, die es deutschen Unternehmen künftig erleichtern soll, in Ghana zu investieren und damit ihre Stellung in Afrika punktuell wieder zu stärken. Ein Blick auf die wirtschaftlichen Aktivitäten deutscher Firmen auf dem afrikanischen Kontinent zeigt rasch: An dem alten kolonialen Verhältnis – die Bundesrepublik bezieht Bodenschätze und setzt dort weiterverarbeitete Waren ab – hat sich im Kern nichts geändert. »Industrieprodukte für Rohstoffe«: So überschrieb das Statistische Bundesamt eine trockene Analyse dieser Handelsströme.

Ein Hamburger kommt nach Bremen Das Bildungsjahr 2018

Bremen und Hamburg sind sich nicht immer grün. Besonders die Fußballfans haben miteinander Probleme. Die Bremer Bildungsbehörde blickt dagegen gerne zu ihren Kollegen. Näheres dazu im voraus-eilenden Rückblick der BLZ.

So lief das Bildungsjahr 2018:

24. Februar: Durch den großen Fachkräftemangel an den Schulen fällt auch im zweiten Schulhalbjahr immer mehr Unterricht aus. Claudia Bogedan reagiert, animiert Pensionäre zur Rückkehr und erhöht den Praxisanteil von Referendaren/innen. Schlechte Stimmung überall. Wenigstens Werder gewinnt: 2:0 im Nordderby gegen den HSV.

7. April: Die Senatorin hat 43. Geburtstag. Sie hatte sich vom Senat neue Lehrkräfte und mindestens eine neue Grundschule gewünscht. Sie bekommt aber nur Geld für neue Kita-Container.

12. Mai: Paukenschlag am Rembertiring: Hamburgs Bildungssenator Ties Rabe übernimmt das Bildungsressort und bildet mit Bogedan eine Doppelspitze. Auf der ersten Pressekonferenz sagen die beiden: »Drei Mal ist Bremer Recht. Nach der Jugendberufsagentur, dem Qualitätsinstitut wird dies das dritte gemeinsame Bildungsprojekt und das erste richtig erfolgreiche.«
34. Spieltag: Werder rettet sich auf Platz 15, Hamburg steigt erstmals ab. Ganz Bremen jubelt.

9. August, Schuljahresbeginn: Viele Eltern im Bremer Westen freuen sich. Ihre drei- bis fünfjährigen Kinder haben doch noch einen Container-Kita-Platz ergattert. Jeweils 21 Kinder sorgen für reges Treiben in den ungewöhnlichen Lernorten. Der Wermutstropfen: Ihre etwas älteren Geschwister müssen übergangsweise im Pier 2 unterrichtet werden, weil in Walle und Gröpelingen die Grundschulen aus allen Nähten platzen.

6. Dezember, Nikolaus: Personalversammlung aller Schulbeschäftigten im Pier 2 (die Grundschüler sind mittlerweile in die Waterfront umgezogen). Das Senatoren-Duo Bogedan-Rabe stellt sich der Basis. Die 2.500 Teilnehmer wollten eigentlich ihren Unmut freien Lauf lassen und hatten 2.500 Ruten vorbereitet. Dann aber Applaus für Rabe. Denn er verspricht – mit Blick auf die Bürgerschaftswahl 2019 – vollmundig: »Wir geben einfach ab sofort 2.000 Euro mehr pro Schüler aus – wie in Hamburg.«

Karsten Krüger

Heft Nr. 2/18: Neoliberalismus und Schule

Redaktionsschluss: Montag, 12.03.2018

Rubriken

2 Der Wettlauf um Afrika

Jörg Kronauer

4 Landesvorstand

Schulbau und Sanierung

7 Vorwort

Karsten Krüger

9 Der Raum als dritter Pädagoge

Dieter Staudt

11 Interview mit Rudolf Hickel

Jürgen Burger

14 In Walle lern'se alle

Joseph Heseding

16 Wohin mit all den Kindern?

Benita Buchheim

18 Im Westen nichts Neues?

Wilfried Meyer

20 Öffentlich-Private Partnerschaften

Kai Eicker-Wolf

22 Rosinen picken

Bernd Winkelmann

Bildung – Politik – Gesellschaft

23 Anmerkungen zum
Gewerkschaftstag

Wilfried Meyer

24 Jahrestag der Okkupation

Werner Pfau

27 GEW-Delegation Kobani

Weitere Rubriken

28 Recht

29 Aus Fachgruppen und
Arbeitskreisen

32 Gratulationen

33 Buchtipps

34 Frischluft

Wilfried Meyer

35 Hinweise

36 Seminare

Jan. / Feb. 2018

67. (79.) Jahrgang

Impressum:

BLZ Landesverband
Bremen der GEW
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen
Tel. 0421-337 64-0
Fax 337 64 30
blz@gew-hb.de
http://www.gew-bremen.de
http://www.gew-bremerhaven.de
Geschäftszeiten:
Mo-Do 8.00-12.30 Uhr
und von 13.00-16.00 Uhr
Fr 8-14 Uhr

Redaktion:

Karsten Krüger
Tel. 0173-683 1678
kkruenger@posteo.de

Wilfried Meyer
Tel. 0170-295 3984
wilfmey@t-online.de

Werner Pfau
Tel. 0172-1609809
internationales@gew-hb.de

»Termine und Hinweise«:

Jürgen Burger
Tel. 0421-71153
burger@gew-hb.de

Mitarbeit:

Jürgen Burger
Ingrid Emmenecker
Swantje Hüsken
Jan Ströh

Titelblatt:

Dr. Matthias Duderstadt
Tel. 0421-70 16 92

Korrektur:

Gerhild Fiege

Herausgeber:

Landesverband Bremen der GEW

Verlag:

Geffken & Köllner
Druck- und Verlagsgesellschaft
Sedanstrasse 87/89
28201 Bremen
Tel. 0421-55 70 8-0
Fax 55 70 8-22
ISDN (Leonardo): 55 70 8-21

Anzeigen:

Verlag W. Wächter
Rita Kropp
Elsässer Straße 41
28211 Bremen
kropp@waechter.de
Tel. 0421-34842-14
Fax 0421-3476766
Z.Zt. gültige
Anzeigenpreisliste Nr. 1
vom 01.01.2018
Anzeigenschluss:
Heft 2 am 09.03.2018
Heft 3 am 25.05.2018

Der Bezugspreis der

Bremer Lehrerzeitung ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
Für Nichtmitglieder beträgt
der Bezugspreis jährlich
15,-€ zuzüglich Zustell-
gebühr inkl. MwSt.
Die mit dem Namen der
VerfasserInnen oder anderweitig
gekennzeichneten Artikel geben
nicht unbedingt die Meinung
des Herausgebers oder der
Redaktion wieder.

Nachdruck – auch

auszugsweise – nur nach
Information der Redaktion

■ Der Bremische Gewerkschaftstag hat im November mit seinen Beschlüssen den Weg ins neue Jahr gewiesen. Die Ausbildung von Pädagog*innen, deren Arbeitsbedingungen und die Finanzierung des gesamten Bildungswesens sind nur einige Aspekte. Abgezeichnet hat sich aber auch schon – mehr als nur zwischen den Zeilen – das Wahljahr 2019. Unter der Voraussetzung, dass die Landesregierung dieses Datum erreicht, wird die GEW in 2018 ihre Ansprüche geltend machen müssen.

»Gewerkschaftliche Kampfkraft energisch umsetzen«

Das Landesvorstandsprecherteam gibt einen Ausblick auf das GEW-Jahr 2018

*Ina von Boetticher,
Christian Gloede,
Bernd Winkelmann*



Ina von Boetticher



Christian Gloede



Bernd Winkelmann

Einen Ausblick darauf geben die drei LV-Sprecher*innen:

Streikrecht und Tarifrunde

Losgelöst von unserem Gewerkschaftstag aber mit möglicherweise weit reichenden Folgen hat im Januar die mündliche Verhandlung in Sachen Beamtenstreikrecht vor dem Bundesverfassungsgericht stattgefunden: Das Urteil wird voraussichtlich nicht gleichbedeutend mit dem »Streikrecht für Beamte« sein, kann aber verhandlungsrelevante Öffnungen im Beamtenrecht zur Folge haben. Wie weit das BVerfG in seinen politischen Empfehlungen gehen wird, bleibt abzuwarten. Mit dem schriftlichen Urteil ist erst in einigen Monaten zu rechnen – hoffentlich vor der nächsten »Ländertarifrunde«! Die positiven Folgen der vergangenen Runde haben viele Kolleg*innen beim Blick auf ihre Januar-Abrechnung genießen können (erste Rate der Stufe 6, die zweite folgt im Oktober). Mögen die kommunale Tarifrunde (Kita, Schulsozialarbeit in Bremerhaven) sowie

die beim Martinsclub im Frühjahr ähnliche Freude auslösen.

Ob im übrigen der jetzige Senat noch Änderungen im Beamtenrecht umsetzt, klärt die Bürgerschaftswahl im Mai 2019. Auf diese fokussieren wir unsere Politik der nächsten Monate: Eine schonungslose Offenlegung der bildungspolitischen Missstände steht dabei am Anfang; hier geht es zum einen um die jahrelange Unterfinanzierung im Bereich Bau und Sanierung, zum anderen um die völlig verfehlte Personalpolitik, die den aktuellen Fachkräftemangel geradezu provoziert hat. Uns muss es darum gehen, die Qualifikation von pädagogischen Fachkräften abzusichern und notwendige Entlastungen insbesondere in der Unterrichtsverpflichtung durchzusetzen. Dazu werden wir unsere Bündnisarbeit weiter entwickeln.

Oberschule und Frauen

Beim Gewerkschaftstag wurden für 2018 entschiedene Anträge abgestimmt und entsprechende Arbeitsaufträge an den GLV gegeben: Ein Thema ist die Evaluation der Fachgruppe Oberschule mit dem Titel Wie weiter mit der Oberschule in Bremen? Im Rahmen der inklusiven Bildung wird hier auf Folgendes geschaut: Was wurde bisher erreicht, was nicht? Welche Ursachen hat das? Welche Forderungen stellt die GEW? Der Streit um die personelle, räumliche und finanzielle Ausstattung der Schulen wird weitergehen; und muss sowohl gut vorbereitet als auch mit Nachdruck verfolgt werden. Dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken und kurzfristige (Not-)Lösungen genauso wie langfristige, fundierte Konzepte zu entwickeln, fordert unseren Einsatz.

In diesem Kontext ist auch der Antrag des Arbeitskreises Frauen ein entscheidender Schritt in Richtung personelle Versorgung der Schulen: In Zusammenarbeit mit dem Personalrat Schulen und Gesprächen mit der Bildungssenatorin wird an Strukturen und einheitlichen Richtlinien für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gearbeitet. Das beinhaltet verbindliche Regelungen zur Teilzeit oder Einsatzplanung an

den Schulen. Damit soll es Fachkräften, die in Kinderbetreuung und/oder in einer Familien-Pflegesituation eingebunden sind, ermöglicht werden, in Teilzeit auch mit höherer Stundenzahl, bis hin zu Vollzeit, berufstätig zu sein.

Landesweite Kampfkraft

Als »Buten & Binnen« im Oktober meldete, 800 Menschen hätten die Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven »gestürmt«, waren wir gemeint. Dem Bildungsbündnis in Bremerhaven war es gelungen, Öffentlichkeit im Kommunalparlament herzustellen. Außerhalb der Regularien wurde uns ein Rederecht zugestanden. Als direkte Reaktion hat das Gremium ihre Kürzungen für Sachmittel zurückgenommen. In diesem Sinne war die Aktion fast sieben Millionen Euro wert. Der Magistrat seinerseits wendete sich mit einem beachtlichen Beschluss an den Senat. Er forderte diesen auf, die Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte zu reduzieren und allen A 13/E 13 zu zahlen. Diese Erfahrungen machen Mut. Als Nächstes sollten wir unsere gewerkschaftliche Kampfkraft in Bremen und Bremerhaven konsequenter zusammenfassen. Die Idee eines (eskalierenden) Stufenplans ist in den Gewerkschaftstag eingebracht worden. Lasst uns in allen GEW-Gremien daran arbeiten, diesen auszugestalten und energisch umzusetzen.

Mit der Initiative »Bildung. Weiter denken!« ist es gelungen, dass alle Landesverbände und der Bund wichtige Themen geschlossen »transportieren« konnten: Die Integration Geflüchteter, eine zukunftsorientierte Lehrkräftebildung und eine angemessene Bildungsfinanzierung sind u.a. massiv in die politische Auseinandersetzung eingebracht worden. Da machen wir weiter. Solidarität muss spürbar sein. Das wird unsere Gewerkschaft stärken. Manch Kolleg*in wird uns (ggf. mit Erstauen) als Bildungsgewerkschaft auch erst entdecken. Dazu sollten wir allen Pädagog*innen eine Chance geben.

Die JA 13 – Kampagne zeigt Erfolge

Andere Landesregierungen
müssen nachziehen

Frauke Gützkow, GEW-Vorstand

■ Im öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Kommunen regeln die Besoldungsgesetze und die Tarifverträge (TVöD bzw. TV-L), wer wie viel verdient. Da sollte es gerecht zugehen, meint man. Hier liegt die Schnittmenge mit der GEW-Kampagne JA 13. Es geht um den Wert pädagogischer Arbeit. Kleine Kinder kleines Geld, große Kinder großes Geld – diese Spielregel hat ausgedient. Für die ungleiche Bezahlung nach Schulformen lassen sich keine sachlichen Gründe mehr finden. Schon lange absolvieren alle Lehrkräfte eine gleichwertige und in vielen Bundesländern auch gleichlange wissenschaftliche Ausbildung.

Die Erfolge geben uns recht: Die tarifpolitische Mobilisierung der GEW Berlin hat dazu geführt, dass dort eine Besoldungsreform angegangen wurde. Das war der Dammbbruch.

Die kluge Verhandlungsführung der GEW Brandenburg hat auch dort den Weg für A 13 in der Primarstufe freigemacht, auch für Lehrkräfte mit DDR-Ausbildung. Nun müssen andere Landesregierungen dazu gebracht werden, dass sie nachziehen. In der Debatte um Lehrkräftebezahlung spielt auch der Fachkräftemangel eine Rolle. Landesregierungen bewegen sich auch deshalb, um auf dem Lehrkräftearbeitsmarkt noch konkurrenzfähig zu sein. Schon heute fehlen vor allem an Grundschulen qualifizierte Lehrkräfte. Die Anzahl von Anwärterinnen und Anwärtern für das Grundschullehramt geht seit Jahren deutlich zurück. Es werden nicht genügend Plätze für Referendarinnen und Referendare angeboten. Für eine Aufwertung des Berufs durch gerechte und bessere Bezahlung ist es daher höchste Zeit.



Landesvorstand 2018

Andersen, Henrik Skov
Begojhn, Werner
Berger, Marianne
Emmenecker, Caren
Fitzke, Anne
Gase, Tobias
Gloede, Christian
Heissenbüttel, Monika
Jaschinski, Peer
Johnson, Heike
Klose, Dorothea
Köster, Andrea
Krüger, Karsten
Lenuck, Katharina
Mutlugünes, Suna
Myrcik, Michal
Pfau, Werner
Rullkötter, Maike
Schulz, Dorothea
Staets, Andreas
Strauss, Nick
Ströh, Jan Eric
Suhr, Elke
Thiele, Michael
von Boetticher, Ina
von Hagen, Inga
Winkelmann, Bernd
Wuthe, Anke

Oberschule Helgolander Straße
PensionäreInnen / RentnerInnen
PensionäreInnen / RentnerInnen
Arbeit und Leben Bremen e.V.
Studentin Uni Bremen
Carl-von-Ossietzky Oberschule
Evangelische Kirche / Pool (Verwaltung)
Martinsclub Bremen e.V.
SZ Carl-von-Ossietzky / Berufsschule Technik
Landesinstitut für Schule
Grundschule Karl-Lerbs-Straße
Grundschule St. Magnus
Allgemeine Berufsbildende Schule
Studentin Uni Bremen
Oberschule Lesum
Gesamtschule West
SZ Sek II am Rübekamp
Schule am Pulverberg
SZ Carl-von-Ossietzky
GEW Bremen
Schule am Ernst-Reuter-Platz
Oberschule Rockwinkel
Lutherschule
Universität Bremen
Oberschule Lesum
Friedrich-Ebert-Schule
Landesinstitut für Schule / Landesfortbildungsinstitut
Oberschule Lerchenstraße

■ Mit großer Sorge registriert das Bremer Bündnis für Bildung (BBB) die Auswirkungen des Mangels an Lehr- und Fachkräften an Bremer Schulen. Mit einer Stellungnahme will das BBB Schritte aufzeigen, die bei der Bewältigung des Mangels unterstützend sein können, aber auch Grenzen formulieren, die für das Bündnis zentral sind. Die bundesweit dramatische Entwicklung erfordert unmittelbar wirksame Maßnahmen, zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und ihrer

»Unmittelbar wirksame Maßnahmen«

Stellungnahme: Forderungen des Bremer Bündnis für Bildung (BBB) zum Fachkräftemangel an Bremer Schulen

Qualität, vor allem in Stadtteilen, die besondere Anforderungen an die Schulen stellen. Sie muss aber auch Anlass für eine längerfristige Personalplanung und -entwicklung auf der Basis transparenter Arbeitsplatzbeschreibungen sein, um ähnliche Not-situationen in Zukunft zu vermeiden.

Fachkräftemangel und Schulstandort

1. Einflussfaktoren sind: Die regionale Lage einer Schule, die häufig bereits bestehende Personalunterversorgung und die Belastungsfaktoren, die einem Schulstandort zugeschrieben werden. Bewerber/innen lassen sich von diesen Einschätzungen bei ihrer Wahl des Standortes leiten. Die Beobachtung ist, dass die zentrale Steuerung des Personaleinsatzes zu wenig greift und dadurch die Ungleichheit der Schulstandorte weiter zementiert wird. Unbedingt sollte ein Anreiz für die Attraktivität der Standorte geschaffen werden. Gerade in diesen Stadtteilen ist der Einsatz gut ausgebildeter Fachkräfte unverzichtbar. Dies gilt insbesondere für die Grundschulen. Die ersten Klassen, bzw. die Schuleingangsstufe mit Klasse 1 und 2 dürfen keinesfalls

zu einem »Probierfeld« für nicht in diesem Fachgebiet ausgebildete Lehrkräfte und »Laienpädagogen*innen« werden.

2. Die Zusage, für Lehrkräfte in besonders belasteten Stadtteilen (Sozialindikator 5) zwei Entlastungsstunden zu schaffen, ist als Signal begrüßenswert. Allerdings hat sich gezeigt, dass der Sozialindikator bildungspolitisch nicht das alleinige Kriterium sein kann.

Qualifikationsstandards

1. »Die Grundlagen für eine berufliche Qualifikation von Lehrkräften können nur durch ein Studium gelegt werden. Der Forschungsstand dazu, was die Professionalität von Lehrkräften ausmacht, ist eindeutig. Professionelle Grundschullehrkräfte benötigen sowohl fundierte fachwissenschaftliche und fachdidaktische Kompetenzen in den grundschulrelevanten Unterrichtsfächern als auch eine bildungswissenschaftliche Ausbildung mit grundschulpädagogischen und grundschuldidaktischen Schwerpunkten« (Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft DGfE, Sektion Schulpädagogik). Aus den genannten Gründen umfasst das Lehramt Primarstufe mittlerweile fast überall ein zehensemestriges Studium plus Referendariat.

2. Die aufgrund des Fehlens fertig ausgebildeter Lehrkräfte erforderliche Beschäftigung von Quer- und/oder Seiteneinsteiger/innen muss daher darauf ausgerichtet sein, die unverzichtbaren Standards der Ausbildung zumindest begleitend zu erreichen. Dies kann nicht über »Schnellkurse« geschehen, sondern bedarf eines zwischen LIS, Universität und Bildungsbehörde abgestimmten Qualifizierungsverfahrens. Hier kann es auch nicht um freiwillige Fortbildung gehen, sondern um eine verbindliche Qualifizierung.

Qualifizierung

1. Die Bildungssenatorin trägt an dieser Stelle eine hohe politische Verantwortung für die Realisierung der Qualifizierung, das LIS und die Universität für deren fachliche Umsetzung. Eine entsprechende Personalplanung auch für die Aus- und Wei-

terbildungsinstitutionen ist hierfür zwingend erforderlich.

2. Mehrere hundert Studierende (nicht nur Lehramt) sowie Kollegen/innen ohne abgeschlossene Lehramtsausbildung werden derzeit zur »Unterrichtsvertretung« oder als »Seiteneinsteiger« beschäftigt. Dass Studierenden im Rahmen ihrer Bewerbung für das Referendariat diese Zeit »angerechnet« wird, ist nachvollziehbar. Ihr unterrichtlicher Einsatz darf aber nicht mehr als 10-12 Stunden betragen und soll nicht länger als ein Schulhalbjahr andauern, damit das Studium sinnvoll fortgeführt und zeitnah abgeschlossen werden kann.

3. Alle Einstellungen, die ohne Lehramtsqualifikation erfolgen, sind in Verbindung mit einer gegenseitigen Qualifizierungszusage zu befristen. Erst nach der erfolgreichen Qualifizierung werden die Lehrkräfte in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

Personalplanung und -entwicklung

1. Alle nicht-unterrichtlichen Tätigkeiten müssen aktuell vom übrigen Kollegium getragen werden, dies führt zu zusätzlichen Belastungen. Unstrittig ist, dass diese Schulen mit Lehrkräften in unterschiedlichen Ausbildungsphasen spürbare Entlastungsstunden zur Anleitung und Begleitung benötigen.

2. Fachkräften, die eingebunden sind in Kinderbetreuung und/oder eine Pflegesituation innerhalb der Familie, soll durch attraktive Rahmenbedingungen ermöglicht werden, in Teilzeit auch mit höherer Stundenzahl berufstätig zu sein.

3. Solange der Fachkräftemangel so spürbar anhält, ist als kurzfristig wirkende Maßnahme eine weitere deutliche Erhöhung der Referendariatsplätze und der dafür erforderlichen Ausbildungskapazitäten einzuleiten.

4. Das Bremer Bündnis für Bildung erwartet eine auf die aktuelle Versorgungssituation ausgerichtete Personalbedarfsberechnung. Die Personalplanung muss vorausschauend sein.

Schule braucht Raum

■ Dass es mit der Bildungspolitik in Bremen rund läuft, wird keiner in Bremerhaven und Bremen ernsthaft behaupten – auch die dafür Verantwortlichen nicht. In vielen Bildungsbereichen krankt es, rumort es, bildet sich immer größerer Unmut. Aber am größten ist die Differenz zwischen Notwendigkeiten und politischer Kraft im Bereich Schulbau und Sanierung. 675 Millionen Euro sind notwendig, um ausreichende Rahmenbedingungen für nachhaltiges und erfolgreiches Lehren und Lernen zu schaffen. Nur ein Bruchteil dessen wird investiert. Ein unhaltbarer Zustand, der zwangsläufig zu Folgeproblemen führt. Grund genug für uns bei der BLZ diese Thematik zum Schwerpunktthema zu machen.

Auf den nächsten 15 Seiten beleuchten unsere Autorinnen und Autoren Hintergründe, berichten über die Situation an den Schulen und beschreiben, wie der Schulbau und die Sanierung besser funktionieren können und müssen.

Besonders möchte die Redaktion auf die Bilder der Klasse 3a der Grundschule Lessingstraße hinweisen. Die bisher jüngsten BLZ-Mitarbeiter haben uns gemalt, wie sie sich eine schön-gebaute, eine schön-geplante Schule vorstellen und was dort auf keinen Fall fehlen darf. Ein großes Dankeschön an die Lessingstraße und die Klassenlehrerin Leopold. Ihre Zeichnungen bebildern den Schwerpunkt kreativ und – wie wir meinen – eindrucksvoll.

In der Hoffnung auf den einen oder anderen Erkenntnisgewinn wünscht die BLZ-Redaktion viel Spaß beim Lesen und Angucken.

Karsten Krüger

Anmerkung zu Heft Nr. 6-2017:
Der Text von Katja Diesel-Lange
ist ungekürzt auf www.gew-hb.de/blz
abrufbar.

Schulen bauen
und sanieren!

SCHULEN SANIEREN!



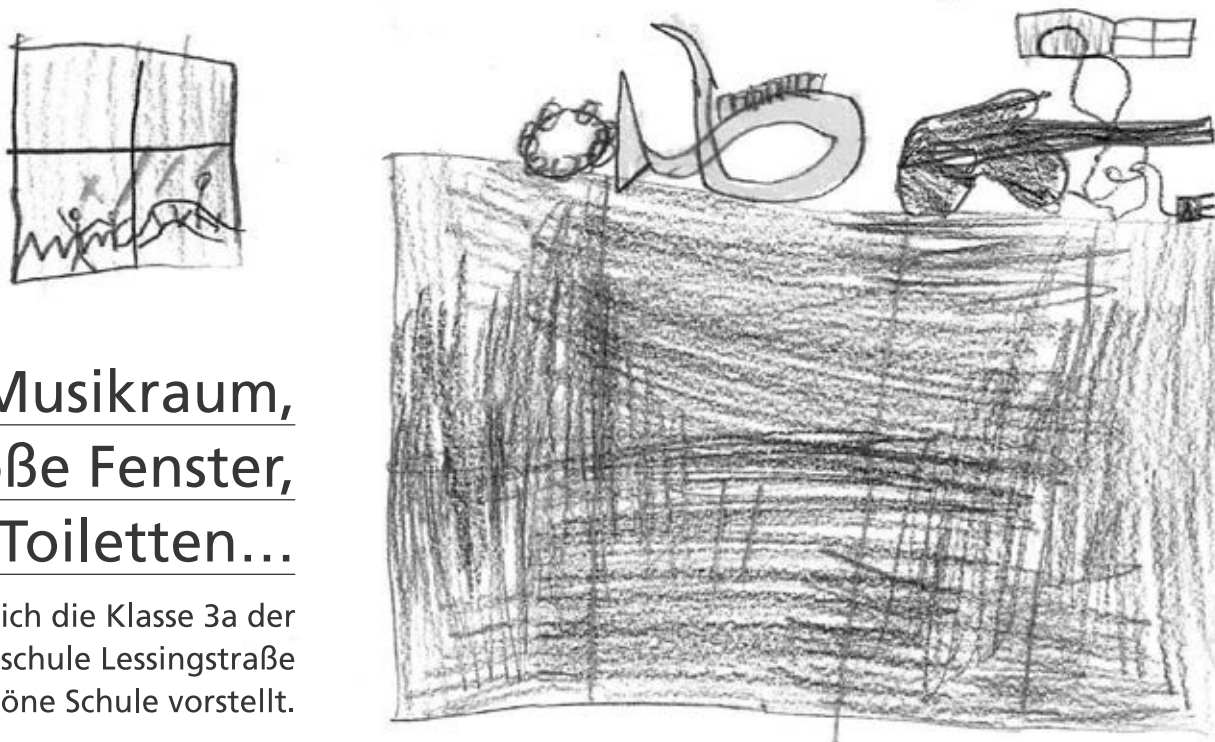
NEUE BAUEN!



675 000 000 €

Ein Musikraum, große Fenster, bunte Toiletten...

Wie sich die Klasse 3a der
Grundschule Lessingstraße
eine schöne Schule vorstellt.



Music raum

Tim Ole, Klasse 3a: Zu einer schönen Schule gehört ein Musikraum mit einem Schlagzeug, einem schönen Holzschrank und einem Balkon, auf dem eine Band rausgehen und etwas vorspielen kann.

Der Raum als dritter Pädagoge

Die Ästhetik des Raums wird oft vernachlässigt

Dieter Staudt, Pädagoge und Architekt

■ Der Raum ist neben den Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften der 3. Pädagoge. Diese (schwedische) These wird so gut wie nicht bestritten. Umso erstaunlicher ist es, dass dies in der schulischen Realität und vor allem bei der Sanierung und beim Neubau von Schulen in den letzten Jahrzehnten kaum beachtet wurde. Schulisches Lernen geschieht vornehmlich in genormten, von Sterilität und Einfallslosigkeit gekennzeichneten Klassenräumen.

Otto Seydel, ein anerkannter Berater für neuzeitliche und lerngerechte Schulbauten, charakterisiert dies in einer amüsanten Erzählung: »Stellen Sie sich vor, Sie wären ein Archäologe im 5. Jahrtausend, der verschüttete Kulturen ausgräbt – nicht im südamerikanischen Dschungel, sondern im längst versunkenen Mitteleuropa. Sie finden: hoch verdichtete Ansammlungen von rechteckigen Räumen – mehr oder weniger (meist weniger) gut belichtet, mehr oder weniger (meist weniger) gut belüftet, karg möbliert, ohne jede Spur einer schöpferischen Aktivität außer merkwürdigen Zeichen auf den Tischplatten. Die Tische selbst, für 30 bis 35 Menschen ausreichend, sind fast auf Körperkontakt in Reihen dicht beieinander gestellt, jeweils ein einzelner Tisch hat eine Sonderstellung. Die Hochrechnung ergibt: mindestens 1.500 Lebewesen auf engstem Raum. Das Umfeld des Gebäudes: Teer und Beton, hin oder wieder ein Baumrest, manchmal Pflanzen, reine Monokulturen, vermutlich Gras. Sie finden Uhren, eingestellt auf einen unverständlichen Takt, mal 45, mal fünf Minuten, die offensichtlich bereits unmäßig früh am Morgen aktiviert waren. Und Sie treffen auf Berge von Listen, die immer dem gleichen Schema zu folgen scheinen, mit seltsamen Berechnungen in einer Skala zwischen 1 und 6. Sie entwickeln Hypothesen, was sich in diesen Räumen wohl abge-

spielt haben könnte. Vermutlich ein Warteraum. Allenfalls kurzzeitig nutzbar. Oder vielleicht ein Museum für eine gigantische Schreibstube, in der Schriftgelehrte vor Erfindung des Buchdrucks Texte reproduzieren ließen. Wenn Sie auf einem Archäologenkongress jedoch die These vertreten würden, dass dies Orte gewesen seien, in denen Kinder und Jugendliche die prägungsintensivsten, kostbarsten Jahre ihres Lebens zugebracht haben sollen – Sie würden wahrscheinlich ausgepiffen werden.«

Steril, grau, abgenutzt

Fragt man danach, warum sich solche oder ähnliche Zustände bis in die heutige Zeit erhalten haben, fallen mir folgende Stichworte ein:

- starre Schulbaurichtlinien, auf Normierung, Reproduzierbarkeit und Kostenminimierung getrimmt
- Architekten, die ihren eigenen architektonischen Vorstellungen (oftmals Phantasien) nachgehen und
- pädagogische Erkenntnisse und Anforderungen der Nutzerinnen und Nutzer negieren Schulausstat-terfirmen, die phantasielos möglichst hohe Stückzahlen gleicher Produkte herstellen und verkaufen möchten. Und schließlich denken nicht zuletzt auch viele Lehrkräfte bis heute in der Struktur »Ich und meine Klasse« und begreifen den geschlossenen Klassenraum als ihre pädagogische Freiheit.

Dazu eine kleine Episode am Rande: Bei einem Unterrichtsbesuch, den ich als Schulleiter im Rahmen einer anstehenden Verbeamtung vornahm, konfrontierte ich den Kollegen im anschließenden Gespräch mit der Frage, ob er ein gebrochenes Verhältnis zu Räumen habe. Als er mich voller Unverständnis ansah, schilderte ich ihm den Klassenraum, in dem er immerhin rund 15 Stunden in der Woche mit »seiner Klasse« verbrachte: steril, grau, abgenutzt, ohne

Zeichen von Schüleraktivitäten, Tische in Linie frontal zur Tafel, kein sonstiges Mobiliar außer einem Overhead-Projektor. Meine anschließende Frage, wie denn sein Wohnzimmer aussehe, betrachtete er dann aber schon als Zumutung.

Schule als Lebensort

Erfreulicherweise lässt sich in den letzten Jahren ein Umdenken feststellen. Die Schule gerät als klassische Belehrungsanstalt zunehmend unter Druck. Die pädagogische und psychologische Zunft kritisiert mit Unterstützung durch die Hirnforschung und die Neurobiologie den bisherigen-Unterricht und fordert statt Belehrung individualisiertes und kooperatives, eigenständiges und eigenverantwortliches Lernen und somit eine Vielfalt an Lehr- und Lernprozessen. All dies benötigt aber nicht mehr den Standardklassenraum, sondern Lernlandschaften mit differenzierten Räumen und Ausstattungen. Und nun wird auch gesellschaftlich immer deutlicher, dass Schule nicht nur Lernort, sondern auch Lebensort ist und sein muss.

Je stärker sich aber Schule zu einer ganztägigen Institution entwickelt, desto höhere Anforderungen werden auch in räumlicher Hinsicht gestellt. In Kindertagesstätten und Schule treffen Kinder und Jugendliche in einer prägenden Phase ihrer Entwicklung zusammen. Hier wird die Basis für lebenslanges Lernen, für die Freude an Bildung und für die aktive Teilhabe an der Gesellschaft gelegt. Und schließlich spiegelt ihre Qualität letztlich auch die Wertschätzung wider, die eine Gesellschaft ihnen entgegenbringt.

Besseres Klima

Dass Räumlichkeiten (Struktur, Farbe, Belichtung, Beleuchtung, Belüftung, Akustik, Ausstattungen und Mobiliar) für das Wohlbefinden von Lehrenden und Lernenden ganz wesentlich sind, erscheint zunächst trivial. Die neuere Hirnforschung hat jedoch nachgewiesen, dass das Lernen in angenehmen, ästhetisch ansprechenden, abwechslungsreichen, baubiologisch und bauphysikalisch »sauberen« Räumen deutlich besser gelingt. Ich selbst habe dies in



Mona, Klasse 3a: Das Badezimmer sollte bunt und sauber sein – mit einem Waschbecken, einer Seife und Tüchern. Und die Toilette muss gespült sein.

meiner 35-jährigen Schulpraxis an zwei großen beruflichen Schulen als Klassenlehrer, Personalratsvorsitzender und zuletzt als Schulleiter immer wieder erfahren: Ästhetische und gut gestaltete urbane Räume und Gebäude einschließlich der dazugehörenden Außenbereiche sowie ansprechende Ausstattungen vermindern Gewalt- und Zerstörungsbereitschaft gegen Räume und Sachen und führen genauso deutlich zu einer Verbesserung des Schulklimas und der Beziehungen zwischen den Menschen in der Schule.

In gebotener Kürze will ich nun aus meiner Sicht pädagogische und organisatorische Anforderungen an Schulgebäude und Schulräume skizzieren:

Variabel und multifunktional

Höchste ökologische, energetische und baubiologische Standards sind einzuhalten. Die Räumlichkeiten müssen vielfältige und differenzierte Lernformen zulassen und variabel und multifunktional nutzbar sein. Hierzu sind auch völlig neue und entsprechende Flächen und Bemessungen vorzunehmen. Die Ästhetik des Raums wird oft vernachlässigt. Hierzu gehören Farben, Licht, Offenheit, Proportionen, Materialien, Mobiliar, Pflanzen und Außenbeziehung.

Bei den technischen Anforderungen sind Kriterien wie Akustik, Lüftung, Temperatur, Feuchtigkeitsgehalt, Belichtung und Behaglichkeit nutzergerecht zu beachten. Die Lernenden müssen die Räumlichkeiten im Gebrauch gestalten und ihre Lernergebnisse und Produkte darin dokumentieren können. Die Einrichtungen und das Mobiliar müssen Qualitätskriterien der Ergonomie, Flexibilität und Ästhetik entsprechen. Mediathek, Mensa und andere Gemeinschaftseinrichtungen sind selbstverständliche Bestandteile.

Wichtige Außenräume

Der Außenraum ist wichtiger und gestalteter Ort der Bewegung, der Naturnähe und des sozialen Lernens. Unterricht im Freien ist zu ermöglichen und zu fördern. Gerade im Hinblick auf Ganztagschule müssen auch für die Lehrkräfte geeignete Räumlichkeiten geschaffen werden. Dazu gehören vor allem, aber nicht nur gut ausgestattete Arbeitsplätze. Schulentwicklung, Unterrichtsentwicklung und räumliche Gestaltung stehen in engster Wechselbeziehung. Von daher müssen alle maßgeblichen Beteiligten, insbesondere die Lehrkräfte, von Anfang der Planung an einbezogen werden, und zwar über die bestehenden rechtlichen Vorga-

ben des Hessischen Schulgesetzes und des Hessischen Personalvertretungsgesetzes hinaus.

Inzwischen gibt es nicht wenige Beispiele, die den Raum als 3. Pädagogen ernst nehmen und die von mir benannten Anforderungen erfüllen. Zu nennen ist hier auch die Hessenwaldschule in der Nähe von Weiterstadt im Kreis Darmstadt-Dieburg (HLZ S.18). Architektur trifft sich inzwischen und vielerorts mit Pädagogik, Schulträger werden sensibel und aufgeschlossen und entwickeln neue Schulbaurichtlinien, die den genannten Ansprüchen genügen. Die Schulbauleitlinien des Landkreises Darmstadt-Dieburg haben inzwischen bundesweite Beachtung gefunden (www.da-di-werk.de). Der 3. Pädagoge scheint auf gutem Weg zu sein, dennoch bleibt noch viel und allerorten zu tun. Deshalb ist die aktive und vehemente Einmischung der Betroffenen unerlässlich.

Zum Weiterlesen: Broschüre der Montag-Stiftung »Schulen planen und bauen 2.0« und den dazu gehörigen Film »Phase Null – Der Film«: www.montag-stiftungen.de
Aus: hlz 10/2017

»Unter den gegebenen Bedingungen wäre ein Sondervermögen die beste Lösung«

Interview mit Prof. Rudolf Hickel

■ Immobilien Bremen hat im Haushaltsausschuss einen Bericht vorgelegt, demzufolge der Sanierungsbedarf der Bremer Schulen ca. 675 Mio. Euro beträgt. Welche Möglichkeiten hat das Land Bremen, diese riesige Aufgabe zu lösen?

Am Anfang steht die klare Feststellung, dass die Aufgabe zügig gelöst werden muss. Die 675 Mio. Euro sind eher vorsichtig geschätzt. Gut finde ich, dass die Sanierungsbedarfe projektbezogen, von den einzelnen Schulen her berechnet worden sind. Da wird keine heiße Luft produziert. Die Politik muss erstens anerkennen, dass dieser Sanierungsbedarf zügig angegangen werden muss. Zweitens ist aber auch klar: In den bremischen Haushalten bis 2019 gibt es kaum finanziellen Spielraum für diese Sonderausgaben. Die beiden Haushalte 2018 und 2019 stehen unter dem Druck, die Neuverschuldung auf null zu führen. Wenn das nicht gelingt, gibt es die Sanierungshilfe mit 300 Mio. Euro pro Jahr zur Unterstützung des Schuldenabbaus nicht aus Berlin. Ab 2020 sieht das anders aus. Dann verfügt das Land Bremen auch Dank des erfolgreichen Engagements des Bremer Senats pro Jahr über 480 Mio. Euro, von denen ein Teil jedoch in den Schuldenstandabbau fließen muss. Also, die Schuldenbremse dominiert die Haushaltspolitik. Die Sanierungsmittel für die Schulen sind nicht über die Aufnahme von Krediten finanzierbar. Das ist eigentlich ein finanzpolitischer Witz. Denn wenigstens die Ersatzinvestitionen zum Erhalt des öffentlichen Kapitalstocks dürfen über Kredite finanziert werden.

Also muss sich der Senat erstens zu der Aufgabe bekennen und zweitens Möglichkeiten suchen, sie zu finan-

zieren. Zu fordern, die Schuldenbremse abzubauen, ist im Prinzip richtig. Aber die aktuelle Forderung aus Bremen, auch noch im Alleingang, wäre sinnloser Populismus. Deshalb müssen intelligente Modelle zur Finanzierung unter dem Deckel der Schuldenbremse gefunden werden. Dabei ist für mich aus der Sicht unabdingbarer staatlicher Funktionserfüllung wichtig, die Entscheidung in der Kompetenz des öffentlichen Haushaltes zu realisieren. Denn es geht um fundamentale öffentliche Aufgaben, die auch demokratisch zu kontrollieren sind.

Welches sind die Optionen jenseits der Schuldenbremse? Die erste Möglichkeit wäre, dass ein Teil der Finanzierung vom Bund kommt, da ist ja einiges in Bewegung durch das neue kommunale Investitionsprogramm. Man bräuchte eigentlich stärkere Unterstützung aus Berlin. Vor allem ist das rigorose »Kooperationsverbot« in Bildungsfragen zwischen dem Bund und den Ländern vom Tisch, das damals übrigens von einem namhaften Bundestagsabgeordneten aus Bremen propagiert worden ist.

Die zweite Möglichkeit, die ich sehe, ist die Gründung eines Sonder-Investitionsfonds, eines »Sondervermögens Schulbau und -sanierung«, das als eigene Gesellschaft aus dem offiziellen Haushalt ausgegliedert ist und vor allem Zugang zum Kreditmarkt hat. Solche Sondervermögen hatte Bremen in der Vergangenheit mehrfach. Sie sind durch die Finanzsenatorin soweit wie möglich abgeschafft worden. Die berechtigte Kritik war, dass unkontrollierte und intransparente Schattenhaushalte entstanden sind. Die Intransparenz muss verhindert und Kontrolle gesichert werden. Aber es ist das einzige Instrument, mit dem sich der Staat den Zugang zum Kapi-

talmarkt schaffen kann. Schließlich werden öffentliche Infrastrukturinvestitionen möglich, die durch die Schuldenbremse verhindert werden. ... Also, wenn man ein Sondervermögen öffentlich gut kontrolliert und auch innerhalb des Haushaltsplans öffentlich darüber berichtet, dann ist das zurzeit das einzige Instrument, um die öffentliche Aufgabe verantwortungsvoll unter Nutzung der Kreditfinanzierung zu erledigen.

Was spricht grundsätzlich dafür, eine solche Aufgabe über Kreditfinanzierung zu lösen?

Ich bin aus ökonomischen und finanzwissenschaftlichen Gründen ein strikter Gegner der Schuldenbremse. Damit wurde dem Parlament der finanzwirtschaftliche Verstand abgesprochen. Da mag ja gelegentlich etwas dran sein. Aber die Entscheidung über begründete Ausgaben und deren Finanzierung steht dabei nicht am Anfang. Vielmehr wird Haushaltspolitik vom Prinzip des Neuverschuldungsverbots aus gedacht. Vor dieser Schuldenbremsenmanie stand im Art. 115 des Grundgesetzes, dass öffentliche Investitionen über Kredite sinnvollerweise zu finanzieren sind. Dieser Grundsatz basiert auf einem betriebswirtschaftlich zutiefst vernünftigen Gedanken: Wenn ein Unternehmen in Bau- und Ausrüstungsinvestitionen sowie in die Software investiert, dann ist es geradezu betriebswirtschaftlich geboten, Kredite aufzunehmen. Die später profitablen Investitionen bringen Erlöse, aus denen die Zinsausgaben und die Tilgung des Schuldendienstes finanziert werden. Wenn man so will: die nächste Generation dieser Firma hat die ökonomischen Vorteile und wird deshalb auch an der Finanzierung über den Kapitaleinsatz beteiligt. Niemand käme auf den Vorwurf, die heutige Unternehmensgeneration vererbe verantwortungslos eine Schuld an die künftige Unternehmensgeneration.

Dieser betriebswirtschaftliche Finanzierungsgrundsatz ist auf den öffentlichen Sektor übertragbar. Wenn wir über Investitionen in die Bildungs-Infrastruktur die Gesellschaft reicher machen, dann liegt die gesellschaftliche Rendite auf der Hand. Die Folgen sind spätere Mehreinnahmen



Prof. Rudolf Hickel

durch Steuern. In der finanzwissenschaftlichen Literatur ist daher vom »investment approach« im Rahmen der staatlichen Haushaltsfinanzierung die Rede. Dahinter steckt auch das betriebswirtschaftliche Prinzip intergenerativer Last- und Vorteilsverteilung. Wenn die Investitionen einen Beitrag zur gesellschaftlichen Produktivitätssicherung leisten – und davon kann bei der Bildung ausgegangen werden – dann profitiert davon die kommende Generation, die später in Arbeit geht und Steuern zahlt. Sie ist der Nutznießer der heutigen öffentlichen Investitionen und wird deshalb über Steuern an der Finanzierung beteiligt. In der künftigen Generation gibt es allerdings das sattem bekannte Verteilungsproblem. Vor allem in früheren Hochzinsphasen erwarben die Vermögenden Staatsschuldtitel und bezogen die staatlich finanzierten Zinsen. Dagegen wurden die Zinsausgaben etwa aus der Lohnsteuer der Beschäftigten oder der Mehrwertsteuer finanziert. Dieses Verteilungsproblem, das heute in der Niedrigzinsphase an Schärfe verloren hat, muss die kommende Generation lösen – etwa durch eine stärkere Besteuerung der Einkommens- und Vermögensstarken.

Jedenfalls ist der politisch dümmste Satz, mit dem die Schuldenbremse begründet wird, der Behauptung von den Lasten, die mit der Schuldenaufnahme an künftige Generationen vererbt werden. Spiegelbildlich dazu lebe die heutige Generation wegen dieser Lastverschiebung ins Saus und Braus. Was für ein Blödsinn, der dann auch noch mit dem frauenfeindlichen Vergleich eines staatlich seriösen Haushalts mit der »schwäbischen Hausfrau« zu rechtfertigen versucht wird. Dabei ist die Rolle des Staates in der Gesamtwirtschaft nicht mit diesem mikroökonomischen Reduktionismus zu erfassen. Was wir mit derart abstrusen Phantasien aus der Welt des Neoliberalismus erzeugen, sind doch schwere Entwicklungsdefizite der Gesellschaft. Wir sehen auch in Bremen die negative Auswirkung: Die Neuverschuldung wurde abgebaut und es wurde zu wenig in die Bildungsinfrastruktur

investiert. Und jetzt haben wir einen Sanierungsstau, der die kommende Generation mangels infrastruktureller Ausstattung belastet. Die Politik, die verspricht, der kommenden Generation keine monetären Schulden zu hinterlassen, vererbt meistens schwere gesellschaftliche Defizite an die nächste Generation. All dies sind starke Argumente, die für die Abschaffung der Schuldenbremse sprechen.

Es gibt ein einziges Gegenargument, dass berücksichtigt werden muss: In der Vergangenheit war die Politik oft nicht in der Lage, das Instrument der Verschuldung vernünftig einzusetzen. Wegen des Verzichts auf Steuererhöhungen sind oftmals ohne Widerstände auch unsinnige Ausgaben kreditfinanziert worden. Ein schlimmes Beispiel lieferte die rot-grüne Steuerpolitik der Schröder/Fischer-Bundesregierung Anfang 2000. Die Steuersätze der Unternehmenswirtschaft wurden massiv gesenkt. Der versprochene Investitions- und Wachstumsimpuls ist ausgeblieben. Am Ende stiegen die Staatsschulden. Eine schuldenfinanzierte Steuersenkungspolitik ist unverantwortlich. Auf dem Hintergrund dieser Missgriffe bleibt es dabei: Kreditfinanzierte Investitionen sind rational, wenn auch kontrolliert wird, dass sie der Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Basis dienen ...

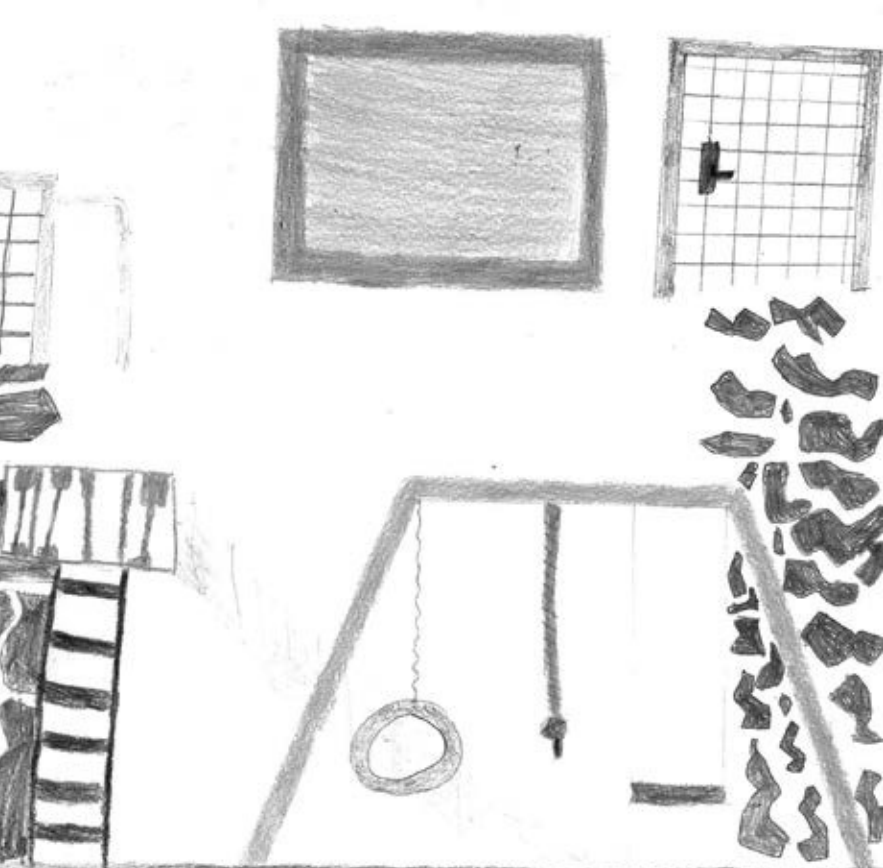
Diejenigen, die die Schuldenbremse verteidigen, empfehlen gleichzeitig öffentlich-private Partnerschaften für diese Aufgaben.

Unsere Finanzsenatorin Karoline Linnert hat zu Recht im Interview im Weser-Kurier davor gewarnt, unter dem Druck durch die Schuldenbremse auf »Auswegfinanzierungen« umzusteigen. Denn die Schuldenbremse erhöht den Zugriff auf Finanzierungsmodelle mit privaten Investoren. Da gibt es zwei Modelle: Das radikalste, das in Deutschland zum Glück bisher noch niemand praktiziert, das den Schulbau zum Immobilienprojekt erklärt und einem privaten Immobilienfonds übergibt.



Paula und Julia, Klasse 3a:

Damit würde er zum Spekulationsobjekt. Das zweite Modell ist eine Zwischenform: die »öffentlich-private Partnerschaft« (ÖPP). Wir haben ganz viele negative Beispiele, welche Konsequenzen dieses Modell haben kann. Das berühmteste Beispiel ist die Stadt Offenbach, der nach 13 Jahren die Rückkehr in den kommunalen Haushalt erschwert wird. Wir sehen die Folgen auch beim Autobahnbau, z.B. bei der A1 Bremen-Hamburg. Das Geschäft scheint ganz einfach. Der private Partner baut das Objekt, finanziert es vor und bekommt 20 oder 25 Jahre das Eigentumsrecht. In dieser Zeit muss der Staat als Nutzer Miete zahlen. Und hier besteht das Problem, dass dieses Geschäftsmodell oft nicht aufgeht und der Druck der Mieterhöhung entsteht. Die Rechnungshöfe haben bei ihren Überprüfungen die-



Der Pausenhof muss natürlich einen Sandkasten und eine Rutsche haben (Paula). Coole Geräte und ein kleiner Rasen wären schön (Jula).

ser Art von Projekten festgestellt, dass sie letztlich teuer und vor allem nicht gestaltbar sind.

Und nach 25 Jahren sind diese Schulen schon wieder sanierungsbedürftig.

Das ist ein weiteres wichtiges Argument. Die Rationalität des privaten Geschäftsmodells besagt, die Kosten niedrig zu halten. Es besteht dort gar kein Interesse an einer Nachhaltigkeit der Baumaßnahmen über die 20 Jahre hinaus. Denn dann sind die Investoren raus. Und die Erwartung auf hohe Renditen eines Immobilienfonds bergen immer das Risiko von Mieterhöhungen. Die Infrastrukturinvestitionen müssen bei dem bleiben, der sie finanziert: dem Staat. Ich plädiere – wie gesagt – für ein staatliches Sondervermögen mit Zugang zu den Kreditmärkten und Übergabe der Gesamtkompetenz an »Immobilien Bremen«, eine Anstalt des

öffentlichen Rechts. Aber diese braucht eine deutlich bessere Personalausstattung. Oft werden ÖPP-Projekte damit begründet, dass beim Staat die qualifizierten Mitarbeiter fehlen. Diese Diskussion gibt es auch in Bremen. Damit schiebt man die Verantwortung für alle ungelösten Probleme »Immobilien Bremen« zu und verschweigt, dass man dort unter dem Einspardruck Personal abgebaut hat, das jetzt dringend benötigt wird. Jetzt wird aus dieser politisch geschaffenen Not auf die Privatisierungsideologie gesetzt. Natürlich hat »Immobilien Bremen« heute Probleme bei der Suche nach Fachkräften. Auch nimmt die Konkurrenz um Fachkräfte in diesem Bereich mit der Privatwirtschaft zu. Aber, es ist ärgerlich, jetzt zu sagen die Anstalt sei zur Erfüllung der Aufgaben »unfähig«, wenn man sie unfähig gehalten hat.

Wie beurteilst du das Berliner Modell?

In Berlin wird bei der HOWOGE, einer Wohnungsgesellschaft, die zu 100% im Besitz des Landes ist, eine Tochter für die Investitionen im Schulbereich gegründet. Deren Vorteil, sie kann am Kapitalmarkt Kredite besorgen. Damit wird gegenüber einer radikalen Privatisierungsvariante vermeiden, den Schulbau zum Spekulationsobjekt zu küren. Aber auch hier wird – wie bei ÖPP-Projekten – das Eigentum für 20 bis 25 Jahre übergeben und dieses in dieser Zeit vom Senat angemietet. Dabei entsteht entweder das Risiko der zu zahlenden Miete oder aber der Überwälzung von Kosten auf die Mieter im Hauptgeschäft. Dieses Berliner Modell sollte man nicht verteuflern, aber man sollte die Risiken diskutieren. Wenn man in Bremen ähnlich vorgehen und die GEWOBA beauftragen würde, dann müsste diese ebenso wie die HOWOGE eine komplett neue Abteilung aufbauen, die für den Schulbau kompetent ist.

Die Bundesregierung bevorzugt ÖPP-Modelle. Kann es passieren, dass sie über den Sanierungsbeirat Bremen verbietet, ein Sondervermögen zu gründen?

So etwas könnte versucht werden, wäre aber ein ungerechtfertigter Eingriff in die Haushaltskompetenz Bremens. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, dass die Diskussion über die Folgen der Schuldenbremse inzwischen in ganz Deutschland geführt wird. Wir leben nicht mehr auf einer Insel, die haushaltspolitisch »Exotisches« verlangt. Alle Länder merken, dass sie durch die Schuldenbremse ein Finanzierungsproblem für die Infrastruktur haben. Nicht umsonst erwähnt Karoline Linnert in ihrem Interview, dass es darüber inzwischen eine Diskussion unter den Ländern gibt. Es wäre schon ein Fortschritt, wenn wenigstens die Ersatzinvestitionen aus dem Regime der Schuldenbremse herausgenommen würden.

Vielen Dank.

Die Fragen stellte Jürgen Burger

■ Kein anderer Stadtteil Bremens verfügt über eine solche Dichte unterschiedlichster Schulen und Berufsschulen wie Walle. Daraus folgt, dass der Beirat Walle mit seinem Fachausschuss Schulische Bildung, Weiterbildung und Migration sich eine erhebliche Kompetenz in Schulsachen angeeignet hat und die Entwicklung der verschiedenen Schulzweige in Walle wohlwollend, kritisch begleitet. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Arbeitsbedingungen, die Lehrerinnen, Schüle-

Den Auftrag einen Neubau zu erstellen, hat sich seit zwei Jahren auch die Bildungsbehörde gegeben. Leider war diese bislang nicht in der Lage einen Standort für den Neubau zu benennen. Da der Neubau auf gemeinsamen Wunsch aller Beteiligten in der Überseestadt entstehen soll, muss die SKB mit der WFB und IB zusammenarbeiten und so kommen drei nur »eingeschränkt planungsfähige« Institutionen zusammen. 2016 gab es eindeutige Beschlüsse der Bildungsdeputation und der Beirat Walle hat einige, nicht bebaute Grundstücke in der Überseestadt vorgeschlagen, die auch per ÖPNV gut zu erreichen sind. Von allen drei Institutionen gab es Zusagen für eine schnelle Bearbeitung, aber passiert ist seitdem wenig bis nichts. Einige von der WFB vorgeschlagene Grundstücke, die in öffentlichem Besitz sind, waren nur über die Kooperation mit privaten Eignern zu erschließen und standen vorgeblich im Konflikt mit städtebaulichen Rahmenbedingungen. Planungen mit diesen Grundstücken wurden deshalb verworfen.

Langsame Planung

Erst am 15.12.2017 erschien im Immobilienportal Bremen die Ausschreibung eines Markterkundungsverfahrens, bei dem Besitzer von Grundstücken in der Überseestadt und anderswo aufgefordert werden, ihr Interesse am Schulneubau auf ihrem Grundstück zu bekunden. Bau und Planung der Schule sollen danach in einer ÖPP durchgeführt werden. Von den vom Beirat vorge-

schlagenen Grundstücken ist erstmal nicht mehr die Rede. Entgegen den Erwartungen des Beirates werden damit wieder alle Planungsschritte auf Anfang gestellt und die ursprüngliche Zielplanung ist nicht mehr zu schaffen. Zum Vergleich: Im Nachbarstadtteil Gröpelingen wird bereits seit 2012 auf einem vorhandenen öffentlichen Grundstück der Neubau der Oberschule Ohlenhof geplant, bei der letzten Wahl wieder aufgegeben und dann die Planung wieder reaktiviert. Noch steht dort kein Stein auf dem anderen. Deshalb vermute ich, dass SchülerInnen, LehrerInnen und andere Beteiligte noch den 60. Geburtstag der BS GAV feiern können, bevor etwas Neues entsteht.

Schlechte Planung

Das andere Arbeitsfeld, das mich aktuell beschäftigt, ist die Planung im Grundschulbereich in Walle. Allerseits ist bekannt, dass der Stadtteil Walle durch die zunehmende Wohnbebauung im Ortsteil Überseestadt stark wächst. Die von der WFB genannten Zielzahlen sehen dort in Zukunft eine Wohnbevölkerung von 11000 Personen. Der Umstand, dass Menschen Kinder bekommen und diese Kinder 6 Jahre nach ihrer Geburt eine Schule brauchen, wurde bei den Planungen für die Überseestadt außer Acht gelassen. Bereits jetzt haben wir die Situation, dass die drei vorhandenen Waller Grundschulen im nächsten Jahr 50 zusätzliche SchülerInnen aufnehmen müssen. Dadurch wird die GS Nordstraße vierzügig und in

In Walle lern'se alle

Eindrücke eines Mitglieds des Stadtteilbeirates Walle

Joseph Heseding



Joseph Heseding

Seit ca. 2004 Sprecher
des Fachausschusses
Bildung, Weiterbildung
und Migration
beim Beirat Walle.

rinnen und anderes Personal in der Schule vorfinden.

Zeitweilig hatte ich den Eindruck, auch die Bildungsbehörde sei an einer positiven Entwicklung des Schulsektors im Bremer Westen interessiert. Dieser Eindruck hat sich aber mittlerweile verflüchtigt. Beispielhaft dafür möchte ich den Umgang mit der BS GAV (Berufsschule für den Groß-, Außenhandel und Verkehr) nennen, sowie die Schulplanung im Grundschulbereich.

Ungesundes Arbeiten

Die BS GAV wurde 1968 gegründet und ist damit noch nicht einmal 50 Jahre alt. Allerdings ist sie, so berichten ehemalige SchülerInnen, bereits seit den 80er Jahren in einem baulichen Zustand, der gesundes Arbeiten kaum zulässt. Seit den 90er Jahren ist die Schule und ihr Zustand auch immer wieder Thema im Beirat Walle und dieser hat bereits unzählige Male eine Sanierung und seit ca. zehn Jahren einen Neubau angemahnt. Die Kosten der Sanierung wurden über die Jahre durch IB immer wieder neu geschätzt, bis sie schließlich so hoch waren, dass ein Neubau der Schule wirtschaftlicher als die Sanierung wurde.




SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIZIN

Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.

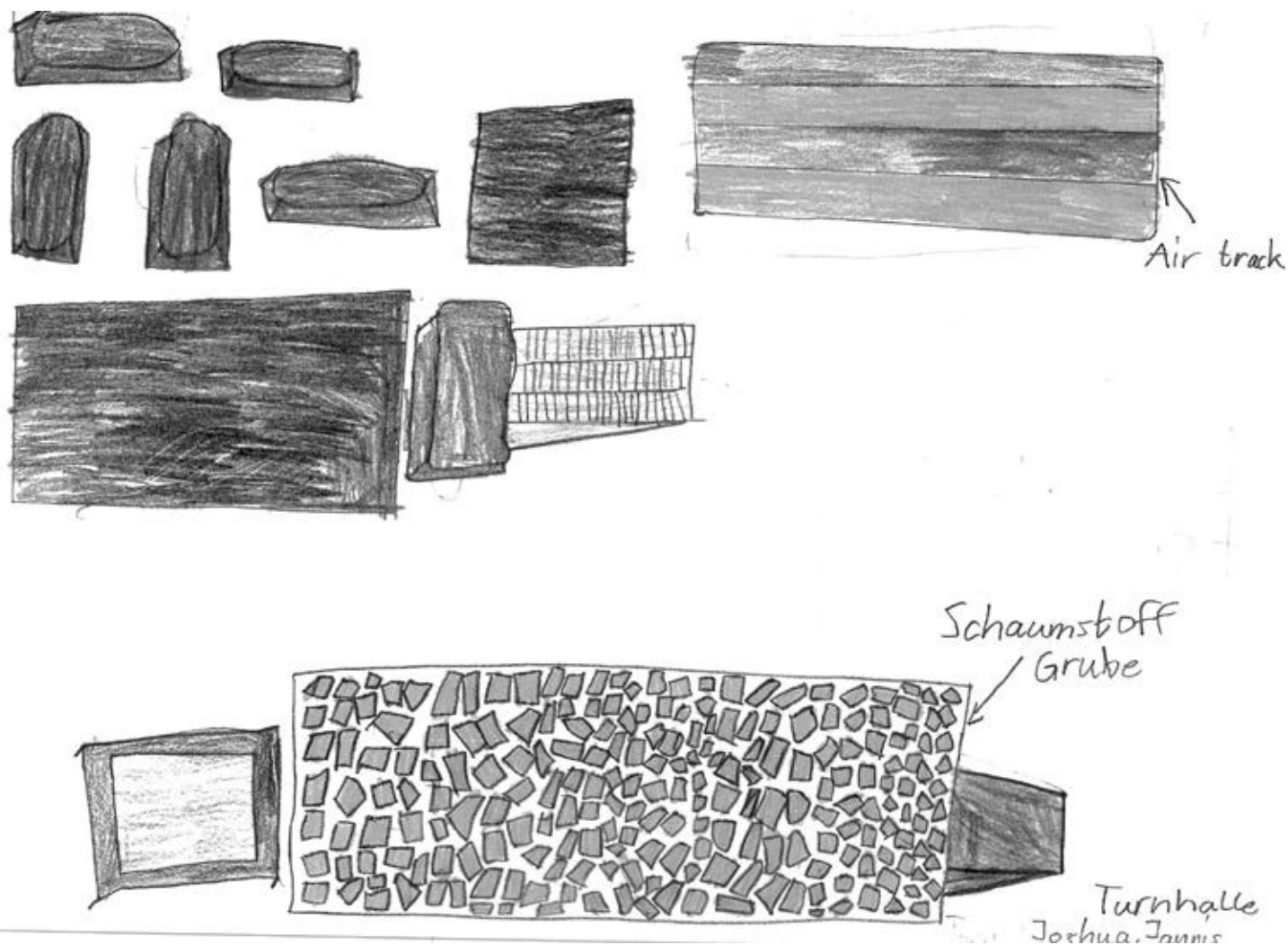
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)

www.schlossklinik.de





Joshua und Jannis, Klasse 3a: Unsere Turnhalle ist zu klein. Viel Geräte sind wichtig, das kleine Trampolin ist toll (Joshua). Ein Parcours, eine bewegungslandschaft und ein Airtrack sind mir wichtig. (Jannis).

der GS Melanchthonstraße zieht eine Klasse in die Hausmeisterwohnung, da ansonsten kein Raum zur Verfügung steht.

Beide Schulen verfügen nicht über ausreichend Räume, um die Vierzügigkeit umzusetzen, da dies nur zu Lasten von Fach- und Differenzierungsräumen gehen kann und ein inklusiver und den aktuellen Herausforderungen angemessener Unterricht dann nicht möglich wäre.

Dringender Handlungsbedarf

Beide Schulen sollen bis 2025 Ganztagschulen werden und benötigen dafür eine ganz neue Raumplanung, damit der Ganztags positive Wirkung entfaltet. Ganztagschule bedeutet aber wieder Differenzierungsräume,

Essensräume, Spielräume, Fachräume usw. Es muss also wieder gebaut werden. Da das nicht nur in Walle so ist, vermute ich, dass die Linnertsche schwarze Null nicht lange halten kann.

Mein Schluss daraus ist, dass eine weitere Belastung der bestehenden Grundschulen nach dem Motto: »Zusammenrücken spart Heizkosten« nicht mehr hinnehmbar ist und die Bildungsbehörde zusammen mit WFB und IB aufgefordert werden muss, so schnell wie möglich eine neue Ganztagsgrundschule in der Überseestadt zu planen und fertigzustellen. Diese sollte, perspektivisch gedacht, als Campusschule geplant werden und sowohl Grundschule als auch Oberschule auf einem Gelände

beinhalten, weil ja bekannt ist, dass aus Grundschulern irgendwann Oberschüler werden und die Waller Oberschulen bis zum Stehkragen voll sind. Angesichts der Planungszeiten für Schulen in Bremen fordere ich, gemeinsam mit anderen Beiratsmitgliedern, den ElternvertreterInnen der Waller Grundschulen und der Initiative »Eltern West« die sofortige Gründung einer neuen Grundschule in Walle. Diese könnte bis zur Fertigstellung der Campusschule Überseestadt in Containern auf dem Schulgrundstück der GS Nordstraße oder auf einem, angesichts der zurückgegangenen Flüchtlingszahlen, freierwerdenden Platz in der Überseestadt aufgebaut werden.

■ Im Bremer Westen steigen die Schülerzahlen derzeit jährlich um ein Vielfaches. Inzwischen sind die vorhandenen Schulen voll belegt. Auch die zu erwartenden Schülerzahlen der kommenden Jahre sind bereits bekannt. In jüngster Zeit erreichen mich als Schulleiterin immer wieder Anfragen, ob und wann wir denn einen zusätzlichen Klassenverbund aufnehmen können, um den Schüleransturm bewältigen zu können. Wie? In einer voll belegten Ganztagschule weitere Kinder aufnehmen? Ja, wir

Wohin mit all den Kindern?

Demografische Veränderungen und steigende Schülerzahlen im Bremer Westen

Benita Buchheim

könnten die Ganztags- und Differenzierungsräume wieder zu Klassenräumen zurückbauen und damit auf einen Schlag drei bis sechs Klassen mit je 22 Kindern aufnehmen. Dann säßen alle Kinder von 8 bis 15 Uhr in vollen Klassenzimmern ohne Ausweichmöglichkeiten, Ruheräume, Differenzierungsangebote und Spielflächen. Die Raum- und Flächenstandards für ganztägiges Lernen träten praktisch außer Kraft. Und unserer Schulgemeinschaft? Unser Schulgebäude verfügt über keine Aula. Unsere Feiern veranstalten wir in unserer kleinen Turnhalle. Auf Bänken und Matten und eng auf dem Boden sitzend gelingt es uns jetzt gerade so, Feiern, Theater und Konzerte abzuhalten. Für Schulkonzerte räumen wir die Mensa frei. Bei der Einschulungsfeier ist es allerdings zu eng. Sport findet bereits für einige Lerngruppen nur eingeschränkt statt. Die Reduzierung motorischer Lernerfahrungen hinsichtlich der körperlichen und geistigen Entwicklung ist also jetzt schon bedenklich. Bei Aufnahme weiterer Klassen entstünde ein solcher Engpass, dass der Sportunterricht noch weiter zusammengeknüpft und AG-Angebote als auch Bewegungsförderung weitestgehend gestrichen werden müssten.

Auch stünde eine Neustrukturierung und Nachrüstung der Mensa samt Frischküche an. Die individuelle Essenszeit wäre äußerst knapp.

Kurz: Die Räumlichkeiten der Schule sind für eine so große Anzahl von Menschen nicht konzipiert. Ein funktionierender Ganztagsbetrieb kann aber nur unter Einhaltung des bisherigen Qualitätsstandards gewährleistet werden.

Raum und Funktion oder vom Verschwinden der alten Ordnung

Die Grundschule Am Pulverberg ist eine gebundene Ganztagschule. Sie umfasst drei Etagen mit je sechs herkömmlichen Klassenräumen. Im Zuge der Umgestaltung zum Ganztags wurden aus jeweils drei Räumen zwei Klassenräume, der dazwischengeschalteten Raum wird sich geteilt und dient als Multifunktionsraum. Auf jeder Etage lernen in ihren jeweiligen Räumen eine erste bis vierte Klasse. Diese, von uns genannten Familienflure ermöglichen sowohl jahrgangsübergreifende Lernsituationen aber vor allem auch gemeinsames Leben in einem kleineren System.

Multifunktionalität als Konzept

Denken wir an eine Wohnung, werden Räume Zimmer genannt. Es gibt Wohnzimmer, Schlafzimmer, Kinderzimmer, vielleicht ein Arbeitszimmer usw. Küche und Bad werden als Funktionsräume anders gewertet. Mittlerweile lösen sich diese Raumkonzepte auf. Küchen werden in Wohnzimmer integriert. Sogar Bäder verwandeln sich in Beauty- und Wellnessstempel. Auch in Schule sind Räume nicht mehr zwingend in ihrer herkömmlichen Anordnung und Funktion zu finden. Fachräume werden aufgelöst und zur Mehrfachnutzung umgestaltet. So haben wir zu Gunsten eines Dachausbaus auf den Musikraum verzichtet. Entstanden ist ein großzügiger Bewegungsraum, in dem sowohl Musikunterricht und Musikangebote, als auch Theater und Präsentationen in kleinerem Umfang stattfinden können.

Aus einem ehemaligen Naturwissenschaftsraum wurde eine Forscherwerkstatt, in der Unterricht, pädagogische Angebote der Mittagsfreizeit als auch AGs stattfinden.

Die Mensa wird für Konferenzen, die Tanz-AG, Konzerte, stadtteilbezogene Angelegenheiten und vieles mehr genutzt.

Keine Arbeitsruhe

Mit dem Qualitätsanspruch, am Arbeitsplatz Schule funktionierende Arbeits- und Infrastruktur bereitzustellen, installierten wir auf jeder Etage Teamräume. Hier befinden sich die Arbeitsplätze der Kolleginnen und Kollegen, mit Schreibtisch, PC, Internetzugang und Druckeranbindung über das Kopiergerät, Telefon, Platz für Schneide- und Bindearbeiten. Zu jedem Arbeitsplatz gehören sowohl ein Rollcontainer mit Schubladen, als auch ein Schrank für die Unterbringung von Unterrichts- und Arbeitsmaterial. Hier findet fachlicher Austausch statt, Gespräche werden geführt und auch Telefonate mit Eltern. Arbeitsruhe ist hier nicht immer möglich.

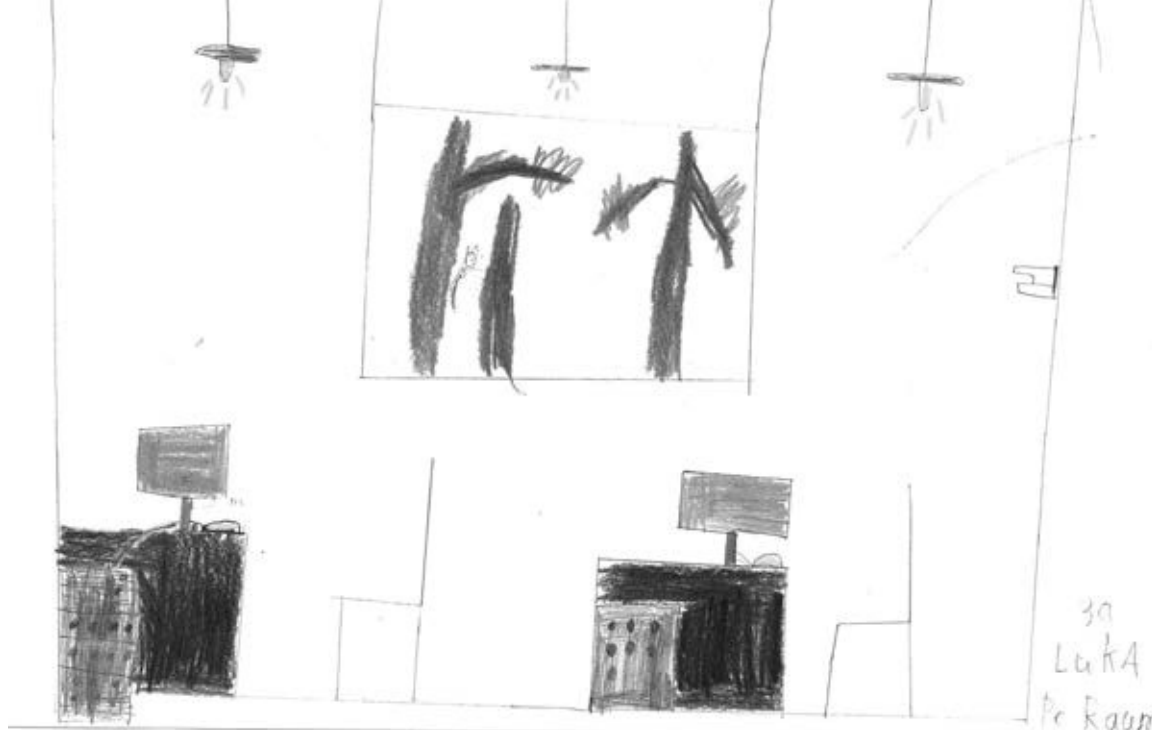
Leider mussten wir wegen fehlender Räume zu Gunsten der Teamarbeitsräume das herkömmliche Lehrer- oder Mitarbeiterzimmer als Sozialraum aufgeben. Die Notwendigkeit eines solchen Raumes wird im Kollegium allerdings – vermutlich auch an anderen Schulen – immer wieder diskutiert. Immer noch fehlen uns Räume für Gespräche mit Eltern, Beratungs- oder Fallkonferenzen.

Vom Klassenraum zur gestalteten Lernumgebung

Manchmal, wenn ich meine Klasse während der Lern- und Arbeitsphase beobachte, frage ich mich, wie in diesem Raum früher etwa 40 Kinder einen Schulvormittag haben absteuern können. Vielleicht sogar brav und still in die Aufgaben vertieft. Angesichts des turbulenten Lebens heute, der unterschiedlichen Bedürfnisse nach Aufmerksamkeit, Kommunikation und Interaktion ist das für mich unvorstellbar. Der eine kann es nicht gut aushalten, dass sich in seinem näheren Bewegungsradius jemand befindet, er muss jeden der an ihm vorbeigeht vehement und sehr körperlich seines Raumes verweisen. Und für den anderen reicht die Tischfläche an seinem Arbeitsplatz niemals aus. Die Materialien fallen einfach ständig herunter und liegen dann auf der Arbeitsfläche des Nach-



Benita Buchheim



Luca, Klasse 3a: Die Computer sind natürlich das Wichtigste. Im PC-Raum muss ein Fernseher, eine Leinwand und ein Beamer sein, bei uns funktioniert einer nicht.

barkindes. Und die dritte sitzt lieber unter dem Tisch. Wie praktisch wäre es, wenn es mehr Platz für individuelles Arbeiten gäbe. Schwedische Konzepte berücksichtigen genau diese Bedarfe in der Schulraumgestaltung. Auch deutsche Architekten greifen beziehen dies in die Planung von Schulgebäuden ein. Am Pulverberg ist es durch jahrelangen Einsatz in vielen Bereichen gelungen, das Gebäude kindlichen Bedürfnissen ein wenig anzupassen. Alles auf Grundlage der Bemessungsparameter für gebundene Ganztagschulen. Dafür gibt es einen Qualitätsstandard.

Die lange Umgestaltung

Unser Schulgebäude ist kein Neubau, sondern ein historisches und denkmalgeschütztes Bestandsgebäude. Die Grundstruktur des Gebäudes musste also erhalten bleiben. Klassisch – ein langer Flur von dem die jeweiligen Räume abgehen. Aber Durchbrüche und großzügige Holzglastüren schafften blickdurchlässige und lichtdurchflutete Räume. In den Multiräumen ist Platz für Differenzierung, Lernwerkstätten, Ruhe zum Lesen oder erkrankte Kinder und natürlich Platz zum Spielen. Hier findet auch die Frühbetreuung von 7 bis 8 Uhr statt, sowie am Nach-

mittag ein pädagogisches Betreuungsangebot von 15 bis 16 Uhr. In unserer pädagogischen Mittagsfreizeit sind neben weiteren Angeboten diese Räume ebenfalls für feste Angebote oder freie Spielsituationen geöffnet.

Die Umgestaltung hat viel Zeit und Kraft gekostet und ist gekennzeichnet von Jahren der Planung, des konstruktiven Austauschs in unterschiedlichsten Arbeitsgruppen und der Suche nach passenden Lösungen. Diese Investition ist es wert stetig nachgebessert und weiterentwickelt zu werden.

Und wohin nun mit den Kindern?

Nicht alle Entwicklungen sind absehbar, aber demografische Entwicklungen müssten doch mittelfristig überschaubar sein! Zu einer verantwortlichen und nachhaltigen Stadtplanung gehören nicht nur die Schaffung von Wohnraum, der soziale Unterschiede erfasst und aufgreift und die Vielfalt im Zusammenleben unterstützt, sondern auch Infrastrukturen, die eine stressfreie Teilnahme am Gemeinwesen mit seinen Bildungs- und Versorgungseinrichtungen ermöglichen. Am Beispiel Überseestadt zeigen sich aber genau solche Versäumnisse. Hier wächst seit einigen Jahren ein komplett

neuer Stadtteil. Neben hochpreisigen Luxuswohnungen entstehen seit 2016 auch Wohnblocks, die der politischen Forderung nach sozialer Durchmischung gerecht werden sollen. Vor allem Familien mit Kindern ziehen dort ein. Weitere Blocks sind in Planung oder befinden sich bereits im Bau. Wo aber entstehen in der Überseestadt gleichzeitig die nötigen öffentlichen und sozialen Einrichtungen? Sollen die umliegenden Wohnquartiere dieses Defizit nun irgendwie auffangen? Wohnortnahe und quartiersorientierte Angebote für die Familien müssen umgehend geplant und realisiert werden. Es darf nicht sein, dass die mit großem Einsatz geschaffenen und in vielen Jahren gewachsenen Strukturen einer gebundenen Ganztagschule in einem Wohnquartier den Versäumnissen der Politik geopfert werden. Für eine zeitgemäße und nachhaltige Bildung sollte die sich ergebende Fragestellung immer pädagogisch und menschlich formuliert sein: Wieviel und welche Art von Raum braucht ein Mensch zum Lernen, zur persönlichen Entwicklung und einfach so zum Sein? Wieviel und welche Art von Raum wollen wir den Kindern unserer Gesellschaft für ihre Entwicklung und Entfaltung geben?

■ **Gröpelingen: Zebustall und Bun-
nyland, alles, alles wird verbrannt**
Sozialzentrumsleiter West (Böhm)
unkn: »dass die (Brand)Ruine
womöglich eine Zerstörungsspirale
im Viertel in Gang setze...

Auch das noch. Kurz nach Jahres-
wechsel brannte ein Stall im ehemali-
gen Streichelzoo Stuhmer Straße.
Ziegen fanden schon damals gute
Abnehmer. Die Hasen längst geges-
sen, die Zebus schon 2016 umquar-
tiert, sollten die Kinder jetzt in einem

Im Westen nichts Neues?

Zerfallende Schulbauten in
einem abgehängten Stadtteil

Wilfried Meyer

renovierten Stall ein neues »Projekt
bekommen«. Spielen, Lernen,
Malen? Auch das wird jetzt schwie-
rig wie überhaupt und von uns
immer prognostiziert diese Gegend,
geline gesagt, gebeutelt wird.
Gebeutelt von der Politik, die hier
angeblich (SPD) seit über 10 Jahren
einen Kampf gegen die Schere führt
(von arm und reich, von gebildet und
nicht gebildet, von Sprache und
wenig Sprache). Ergebnisse bis jetzt:
Leider keine, denn die Schere geht
immer weiter auseinander (siehe 397.
Armutsbericht) und die Prozente der
SPD in Wahlen immer mehr nach
unten. Zurecht. Da fragen wir mal
mit Herrn Böhm, wer denn die
Stadtteilzerstörungsspirale seit Jah-
ren dreht, indem man Stadtteile ein-
fach hängen lässt?! Wer sind die
Brandstifter? Die einen Stall zün-
deln, oder die einen Stadtteil brennen
lassen?

**Campus, lat. Feld, wie »Schlacht-
feld« und »vom Acker machen«**

Der hochtrabend so genannte »Cam-
pus Ohlenhof«: Paradebeispiel für
verfehlte Bildungspolitik, mangelnde
Fürsorgepflicht und nicht gehaltene
Versprechungen der Behörde, Beute-
lung von Kindern, Eltern und Pädag-
ogen

Oh, Oh, Oberschule Ohlenhof

Eine Hängepartie seit 2011, die auf
dem Rücken der vor Ort Lebenden
und Arbeitenden ausgetragen wird.
Für die damals in höchsten Tönen
hinphantasierte Oberschule Ohlen-
hof ist bis heute kein Spatenstich
(Null) getan. Das bleibt auch bis
2019 so. Die Kinder von damals,
denen blühende Gebäude und Land-
schaften für den weiteren Schulbe-
such versprochen wurden, die verlas-
sen mittlerweile die Containerland-
schaft, weil ihre Schulzeit zu Ende
ist! Neue Schule? Leider für euch
nicht. Jetzt soll die Containerstadt, in
der zu arbeiten für alle eine Zumu-
tung ist, auch noch um zwei Züge
erweitert werden. Also vierzügige
Oberschule im Container.

Aber: Wohin mit zwei neuen Klas-
sen? Hinten, vorn, rechts ist kein
Platz, aufstocken nicht erlaubt. So
wird als nächstes links der Schulgar-
ten der Grundschule wohl der Con-
tainerisierung Bremens geopfert.
Was ist schon die von Kindern und
engagierten Lehrkräften in 25 Jahren
angelegte Naturerfahrung gegen
wunderschöne, zeitlose Alukisten?
Büro und Verwaltung sind sehr ein-
geschränkt. Und man benutzt drei
verschiedene Turnhallen, auch die
gammelnde der Grundschule.

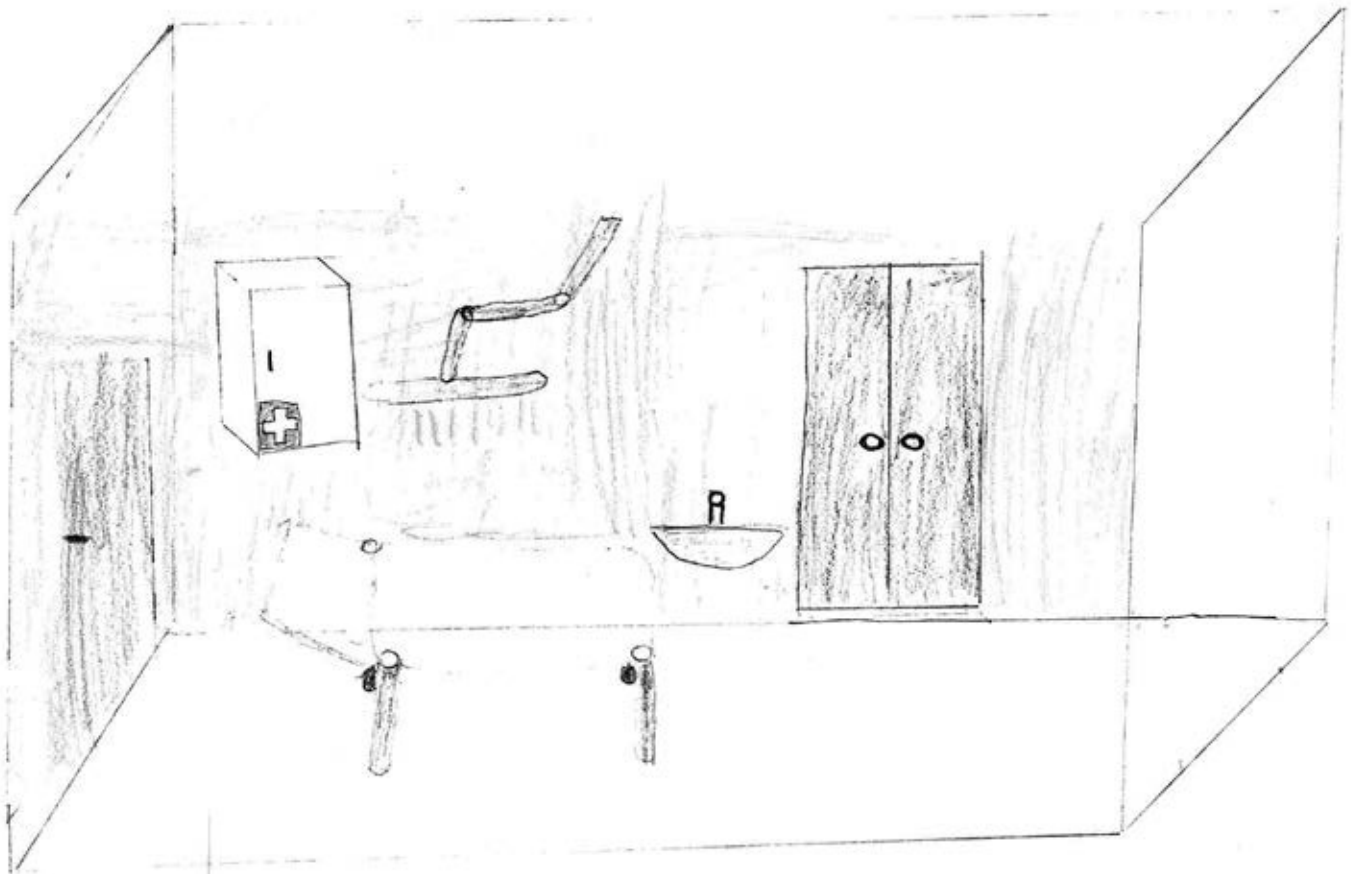
Außerdem wird für die Oberschule
vor 2019 (wenn überhaupt?) nicht
gebaut. D.h. eine Fertigstellung und
Nutzung von Teilen ist niemals vor
2021 möglich, also nach 10 (zehn!)
Jahren. Die jetzige Senatorin Boge-
dan weist die Verantwortung natür-
lich von sich, denn damals wußte sie
noch nicht, dass sie mal von Bildung
in Bremen Ahnung haben sollte.
Aber vielleicht muss sie die Contai-
nerstadt sogar kaufen, denn haben
Mietcontainer nicht nur 5 Jahre
Laufzeit (so der Hausmeister)?

**Gammelnde Grundschule, wieder
eine »große Herausforderung«**

Ja, für die Dortigen. Die Grund-
schule am Halmerweg wird seit
damals immer mal wieder sporadisch
renoviert. In sechs Jahren hat man
drei Pavillons renoviert, teilweise bil-
ligst, erste Risse tun sich auf. Und
der Rest gammelt vor sich hin!

Drei bis vier Schulleitungskräfte
tummeln sich auf neun Quadratme-
ter! Das Lehrerzimmer, viel zu klein,
völlig veraltet, keine Arbeitsplätze
für Lehrkräfte, Sozialarbeit im Fünf-
Quadratmeter-Raum, Toiletten ver-
gammelt (und zwei für Frauen, eine
für Männer, bei 40 KollegInnen). Die
Aula muss renoviert werden. Turn-
halle muss renoviert werden, ent-
spricht nicht mehr den Sicherheits-
vorschriften, u.a. mit offenen Geräte-
räumen. Efeu von außen sprengt die
Mauern, der Schimmel tut das seinige
von innen. Beim Betreten der Biblio-
thek Schimmelgeruch, lange Risse in
drei Wänden, alles notdürftig über-
tüncht. Dort sollen Kinder gerne
lesen lernen?! Und da diese Gebäude
unter Denkmalschutz stehen, geht es
irgendwie nicht weiter. Keiner weiß,
wann weiterrenoviert wird, denn das
wird teuer. Da streicht schon mal der
Hausmeister, weil er nett ist und
Immo Bremen es nicht macht, ein
paar Wände über, die seit 30 Jahren
mindestens keine neue Farbe mehr
gesehen haben. Der Keller unter dem
Lehrerzimmer ist voll von Schimmel
und Backsteine fallen schon aus den
Mauern. Wird da auch bald abge-
stützt wie am Alten Postweg und...?
Soll man die dort Lernenden und
Lehrenden bedauern? Ja, das muss
man, weil sie immer wieder vertrös-
tet wurden und werden. Und sie
trotz unhaltbarer Zustände noch
nicht hingeworfen haben. Gründe
gäbe es genug! Auch der letzte
behördliche Mitwisser und Posaunist





Krankenzimmer
Jakob 3a

Jakob, Klasse 3a: Ich hatte mal einen Unfall. Da hatten wir kein Krankenzimmer. Darin muss eine Liege, ein Waschbecken und ein Schrank sein.

für eine »tolle Zukunft« dort, Schulaufsichtsbeamter Genthe-Welzel hat sich vom Campusacker gemacht. Alle haben sich bisher aus ihrer Verantwortung, ja auch Fürsorgepflicht, davon gestohlen. Das ist das größte Übel auf diesem Acker. Zweites Übel, dass sie nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Drittes, dass sie es noch nie gewagt haben sich zu entschuldigen, denn sie haben ja keine Schuld.

Wie geschrieben:

Paradebeispiel und Baustellen

Für haltlose Politikversprechungen, für mangelnde Fürsorgepflicht, für »sich vom Acker machen«, für einen verlassenen Stadtteil, für Schönreden von Zuständen, in denen wir die Verantwortlichen mal für einen Monat

arbeiten sehen möchten. Und für das Nichtzugeben von struktureller Unterfinanzierung und mangelnder Planung durch die Behörden. Und allen sind die Zustände seit Jahren bekannt!!

Auf weitere Baustellen im Westen wie der zu bauenden neuen Grundschule in der Überseestadt, den nicht rechtzeitig lieferbaren Containern für die Oslebshausen Grundschule, der Großrenovierung des alten Pestalozzgebäudes (mit oder ohne Turnhalle?), der notwendigen Anbauten der Humannstraße auf den Sportplatz der neuen Oberschule Gröpelingen usw. wollen wir gar nicht mehr eingehen. Denn: Dafür reicht der Platz nicht aus!

Warnung

Wir möchten aber eine Warnung aussprechen: Im Jahr 2019 sind Bürgerschaftswahlen und eure Sympathiewerte werden nach Taten vergeben, nicht nach Versprechungen. Zumindest da sind wir optimistisch. Versprochen sind bremenweit auch noch weitere neue Schulstandorte, dies sind eine neue Grundschule am Standort Valckenburghstraße (Arbeitstitel »Helene-Kaisen-Schule«), Gartenstadt Werdersee, in der Überseestadt sowie eine neue Grundschuldependance auf dem Gebiet des Neuen Hulsberg-Viertels. Für eine Führung auf dem Gelände des Campus Ohlenhof steht der Autor gern zur Verfügung (Gummistiefel, Mundschutz, Helm, Ruineninteresse ist Pflicht.)

■ Schulen bilden einen wichtigen Teil der staatlichen Infrastruktur. Die Zuständigkeit für die Schulgebäude liegt in Deutschland in den Flächenländern auf der kommunalen Gebietskörperschaftsebene – das heißt bei Landkreisen und kreisfreien Städten, in Stadtstaaten wie Bremen bei diesen Städten.

Aufgrund der generell schwachen öffentlichen Investitionstätigkeit, die in den vergangenen Jahren bei allen staatlichen Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) aus-

auch zur Finanzierung von Projekten in Öffentlich-Privater Partnerschaft genutzt werden kann. (...)

Teuer und intransparent

Das Bundesfinanzministerium charakterisiert ÖPP wie folgt: »Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) sind langfristige, aber zeitlich befristete Vertragsbeziehungen zwischen einer staatlichen Instanz und einem privaten Unternehmen oder einem Konsortium privater Unternehmen, in denen der private Partner Errichtung, Betrieb und gegebenenfalls Finanzierung einer Infrastruktur übernimmt und dafür vom öffentlichen Partner Entgelte erhält und/oder das Recht, Entgelte von den Nutzern der Infrastruktur zu erheben.« (Bundesministerium für Finanzen)

Geworben für ÖPP-Projekte wird in der Regel mit einer höheren Effizienz und Effektivität von Privatunternehmen, was diese letztlich billiger mache als eine konventionelle Investition. Nachvollziehbar sind solche Argumente nicht, denn schließlich zielt jede unternehmerische Tätigkeit darauf ab, einen Gewinn zu erwirtschaften. Allein schon deshalb ist es mehr als zweifelhaft, dass ÖPP wirtschaftlicher und kostengünstiger ausfallen kann als die Finanzierung, Sanierung und Bewirtschaftung der öffentlichen Infrastruktur in staatlicher Eigenregie. Hinzu kommt, dass die Aufnahme von Fremdkapital für die öffentliche Hand deutlich günstiger ist als für Privatunternehmen. Unnötige Kosten verursacht zudem die Einschaltung von zahlreichen Beteiligten wie Steuerberater, Anlagevermittler, Projektentwickler usw. Zudem kommt es oft zu teuren und langwierigen Rechtsstreitigkeiten. Ein weiteres gewichtiges Argument gegen ÖPP sind die häufig intransparenten Entscheidungsprozesse in den Parlamenten. Dies liegt unter anderem daran, dass die Vertragswerke hochkomplex und enorm umfangreich sind. Außerdem unterliegen sie – wie bei allen privatrechtlichen Vertragswerken – einer hohen Geheimhaltung. Infolge dessen und aufgrund von Datenschutzbestimmungen wird das Parlament unzureichend infor-

miert. Insofern sind eine demokratische Kontrolle und eine transparente öffentliche Diskussion über das Für und Wider von ÖPP-Projekten nicht möglich. Und nicht zuletzt führt die lange Vertragslaufzeit von bis zu 30 Jahren dazu, dass die Verträge nicht alle im Laufe der Zeit möglicherweise auftretenden Eventualitäten im Vorhinein regeln können. Damit aber sind oft Nachverhandlungen erforderlich, die teuer sein können und unter Umständen mit Vereinbarungen verbunden sind, die für die öffentliche Hand nicht besonders günstig ausfallen.

Auch an konkreten Beispielen lässt sich zeigen, dass Investitionen auf Basis von ÖPP teurer ausfallen als konventionell durchgeführte öffentliche Investitionen, und dass erstere zudem oft auch erhebliche Qualitätsmängel aufweisen – eine große Zahl solcher Fälle wird in dem Standardwerk von Werner Rügemer zu Öffentlich-Privaten Partnerschaften (Titel: »Heuschrecken« im öffentlichen Raum) und in dem jüngst erschienen Buch von Tim Engarner (Staat im Ausverkauf) geschildert. Das deutschlandweit größte ÖPP-Projekt im Schulbereich scheitert gerade in Hessen im Landkreis Offenbach: Nach einer Prüfung des Hessischen Rechnungshofs aus dem Jahr 2015 ist mit einer Kostensteigerung in Höhe von 367 Millionen Euro (47 Prozent) bis zum Jahr 2019 zu rechnen (vgl. Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs 2015).

Die geplante

»Öffnung des Marktes«

Die schwache öffentliche Investitionstätigkeit war auch eines der zentralen Themen der vom ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Gabriel 2014 einberufenen Expertenkommission »Stärkung von Investitionen in Deutschland«, die nach ihrem Vorsitzenden Marcel Fratzscher auch oft kurz als Fratzscher-Kommission bezeichnet wird. Schon im Vorwort des Kommissionsberichts aus dem Jahr 2015 heißt es mit Blick auf die zu geringen staatlichen Investitionen: »Lösungen müssten daher über die bloße Reorganisation staatlichen Handelns hinausgehen. Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) könnten einen wesentlichen Beitrag zur

Öffentlich-Private Partnerschaften

Ein investitionspolitischer
Holzweg auch im Schulbereich

Kai Eicker-Wolf



Kai Eicker-Wolf
Referent für
Finanzpolitik in
der GEW Hessen

zumachen ist, besteht im Bereich der staatlichen Infrastruktur ein erheblicher Investitionsstau. Nach dem aktuellen Kommunalpanel der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Bereich Schule (inklusive Erwachsenenbildung) bei fast 33 Milliarden Euro.

Die »Investitionsoffensive« des Bundes

Am 1. Juni 2017 sind im Bundestag bekanntlich die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und die Schaffung einer Bundesautobahngesellschaft beschlossen worden. Eine weitere, in diesem Kontext erfolgte und weniger beachtete Grundgesetzänderung betrifft den Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur. Dem Bund wird durch die Einführung des neuen Art. 104c Grundgesetz die Möglichkeit eingeräumt, finanzschwachen Städten und Landkreisen direkt Mittel zur Sanierung der Bildungsinfrastruktur zukommen zu lassen. Die Bundesregierung stellt auf dieser Grundlage 3,5 Milliarden Euro an Zuweisungen für die Kommunen bereit, wobei dieses Geld – so steht es in der vorgesehenen Änderung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes – explizit

Schließung der Investitionslücke leisten.« Unter anderem wird die Schaffung einer öffentlichen Infrastrukturgesellschaft für Kommunen ins Spiel gebracht, die Gemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise beraten soll. Außerdem seien neue Wege zur Mobilisierung von zusätzlicher privater Infrastrukturfinanzierung zu nutzen.

Das Bundesfinanzministerium hat den Vorschlägen unter Rückgriff auf

listen zu der Schlussfolgerung kommen ließ, damit finanziere die öffentliche Hand zum ersten Mal die Lobbyarbeit der Industrie selbst. Zum 1. Januar dieses Jahres wurde die ÖPP Deutschland AG umbenannt in PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH, wobei letztere jetzt in den alleinigen Besitz der öffentlichen Hand übergegangen ist und die Arbeit der vorgeschlagenen Infrastrukturgesellschaft für Kommunen übernimmt.

cherungswirtschaft (2016) in einem gemeinsamen Gutachten mit diesem Sachverhalt für ÖPP werben. Denn es ist mehr als entlarvend, dass ausgerechnet eine neoliberal ausgerichtete Forschungseinrichtung wie das IW mit einem solchen Argument ÖPP propagiert: Das IW ist eine jener Institutionen, die sich in den vergangenen Dekaden besonders vehement für eine ausgabenseitige Konsolidierung des Staates und eine Steuerpolitik, die auf eine Schonung von reichen Haushalten und dem Unternehmenssektor abzielt, eingesetzt haben. Diese Strategie war offensichtlich so erfolgreich, dass auf ihrer Basis nun eine weitere Bereicherung des Unternehmenssektors zu Lasten der Allgemeinheit propagiert werden kann.

Literatur

Bundesministerium der Finanzen (2016): Chancen und Risiken Öffentlich-Privater Partnerschaften. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Berlin.

Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs (2015): Kommunalbericht 2015. Siebenundzwanzigster Zusammenfassender Bericht, Darmstadt.

Engartner, Tim (2016): Staat im Ausverkauf, Frankfurt.

Expertenkommission »Stärkung von Investitionen in Deutschland« (2015): Bericht der Expertenkommission im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, Berlin.

Institut der deutschen Wirtschaft/Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (2016): Volkswirtschaftlicher Nutzen privater Infrastrukturbeteiligungen. Gemeinsames Gutachten, Berlin/Köln.

KfW-Research (2017): KfW-Kommunalpanel 2017, Frankfurt am Main.

Rügemer, Werner (2011): »Heuschrecken« im öffentlichen Raum, 2. Auflage, Bielefeld.

Die vollständige Fassung ist auf der Homepage der BLZ nachzulesen.



Rashid, Klasse 3a: Jede Schule muss einen Werkraum haben, mit Werktagen, mit Werksachen und großen Fenstern.

die ÖPP Deutschland AG auch schon Taten folgen lassen. Diese Gesellschaft wurde 2008 auf Initiative der Finanzindustrie gegründet – 57 Prozent der Gesellschaft waren in Besitz des Staates, 43 Prozent im Besitz von rund 70 Firmen, darunter Unternehmen wie Bilfinger Berger und Hochtief Concessions AG. Laut Selbstdarstellung bestand der Geschäftszweck in der Öffnung des deutschen Marktes für ÖPP durch Beratung von öffentlichen Auftraggebern. Das Startkapital kam von der Bundesregierung, was einen Journalen

Die neoliberale Ausdünnung staatlicher Kompetenz

Ein weiterer Grund, warum in Zukunft vermutlich – ganz im Sinne der sowie der neuen Bundesregierung – verstärkt auf ÖPP im Schulbereich zurückgegriffen werden wird, dürften Engpässe im personellen Bereich sein: So ist seit Anfang der 1990er Jahre die Zahl der mit Baufragen befassten Personen im Öffentlichen Dienst der Kommunen beträchtlich gesunken. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass das unternehmernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und der Gesamtverband der deutschen Versi-

■ In einem weit verbreiteten Verständnis kann Bremerhaven mit jeder »grauen Stadt am Meer« konkurrieren. Ständige Nutzer privater Fernsehanstalten wissen obendrein ganz genau, wie die vermeintlich »gruseligen« Stadtteile aussehen, gerade was so genannte Schrottimmobilien angeht. Die Stadt hat sich in dieser Szene einen Namen gemacht.

Wer sich gelegentlich den Luxus gönnt, durch die Stadt zu spazieren, entdeckt allerdings auch bei der Bau-

lautet: Pädagogische, nicht haushalterische Argumente leiten die Ausgestaltung. Dies gilt im Übrigen für Neubau und Sanierung gleichermaßen!

Zeitgemäße Ansatzpunkte

Schaut man sich nun in den renovierten Schulen und den Anbauten der jüngeren Zeit um, gibt es Ansatzpunkte, wie die »zeitgemäße« Schule aussehen könnte, Rosinen eben. Vorstellungen solcher Art resultieren aus den höchst unterschiedlichen Bedürfnissen aller an Schule Beteiligten:

- Räume müssen in ihrer Ausdehnung kleine und große Gruppen aufnehmen können, von der Lesecke bis zum Schulauditorium;
- in ihrer Gesamtheit Zonen der Ruhe und des Rückzugs für Lernende, Lehrende und soziale Arbeit oder gerade im Gegenteil Bereiche körperlicher Betätigung sein, Wippen, Springen, Schwingen, Balancieren oder schlicht Rennen ermöglichen; die Chance eröffnen, eine wesentliche Idee des Schulgesetzes umsetzen zu können, d. h. »teamfähig« sein, für Schüler*innen und pädagogische Kräfte, und dazu braucht man zur Ausstattung mehr als angespitzte Buntstifte.

Sie sollen die Transparenz nach außen zeigen, ob mit Bullaugen in den Türen oder großen Fenstern, deren Bänke helle Arbeitsplätze trotz des gelegentlichen grauen Himmels sind; ebenso müssen sie helfen, didaktische Vorstellungen Wirklichkeit werden zu lassen. So sehr wir unsere Phasen der Instruktion auch lieben, problem-, projekt- oder handlungsorientierter Unterricht braucht Voraussetzungen bei Möbeln und Material. Wir wollen diese Prinzipien in einem anregungsreichen Milieu umsetzen, denn die Kinder und die Anforderungen an das Lernen haben sich tatsächlich geändert und für die verschiedenen Professionen ebenso gestaltet sein.

Dazu sind die Mensen schlicht so groß, dass alle darin essen können. Und die Außengelände verstehen die Nutzer*innen als Erholungslandschaften.

Muss man an dieser Stelle noch Barrierefreiheit und Qualitätsklos erwähnen?

Das alles gibt es in Bremerhaven; nur sind diese Rosinen etwas verstreut. Aber seht euch mal die Lutherschule an oder die Gorch-Fock, die Paula, die Marktschule. Auf der anderen Seite existieren Schulen, die geradezu eine Grundsanierung herausfordern. Dies ist nicht zu verbergen.

Die vielfältigen Bedürfnisse, das wurde bereits erwähnt, spielen beim Schulbau die entscheidende Rolle. Sie zu ermitteln, ernst zu nehmen und nicht wegzubügeln ist ein Erfolgskriterium. Solche Prozesse sind mühsam, konfliktreich, aufwändig, aber alternativlos. Da Lehrer- und Schülerschaften sich ändern, müssen Veränderungsoptionen mitgedacht werden, Schulen stehen in der Regel Jahrzehnte.

Alternativlos sind auch eine regelmäßige Instandhaltung, die fest zugeordnete Hausmeister*in und die städtischen Raumpfleger*innen. Die zukunftsorientierte Schule hat Mitarbeiter*innen im Öffentlichen Dienst, in allen Professionen.

Ideenschmiede vor Ort

Nun sind wir gespannt. Beschlossen im Schulausschuss wurden eine neue Grund- und Oberschule in Lehe, geplant sind Neubauten in Geestemünde. Zur Partizipation benötigen die Beteiligten kompetente Beratung von außen und eine Ideenschmiede vor Ort. Fortbildung dazu wird gelingen, da sie eindeutig produktorientiert ist. Die richtigen Rosinen bezogen auf das Schulprogramm müssen gefunden werden! Ein Erfolg in dieser Sache wäre so wichtig, trüge er doch zur Arbeitszufriedenheit bei. Diese stärkt die Haltekraft bei den Mitarbeiter*innen, die wir dringend brauchen.

Unter Umständen werden dann neue Fernsehberichte gedreht, wenn auch nicht unbedingt für das Privatfernsehen.

Rosinen picken

Gedanken zur baulichen Situation in Bremerhaven

Bernd Winkelmann



Bernd Winkelmann

substanz die in anderen Zusammenhängen immer wieder zitierte »Vielfalt«. Sie gilt für die Straßenzüge und ausdrücklich auch für die an ihnen liegenden Schulen.

Die Unterschiede sind gravierend. In der Stadt wurde im Laufe der Jahre eine ganze Reihe von Schulgebäuden saniert, thematisch an Pippi Langstrumpf orientiert, mit Wilhelm Raabe die historische Architektur achtend oder schlicht quaderförmig, wie heute Anbauten eben oftmals aussehen.

Die Situation ist ambivalent. Die wachsende Stadt erfordert neue Gebäude. Der Sanierungsstau allein für Schulen wurde kürzlich mit 157 Mio. Euro beziffert. Und: Pädagogik stellt Ansprüche. Im Folgenden soll es darum gehen, dass es nicht reicht, wenn alle Schüler*innen ein Dach über dem Kopf haben, auch wenn dies kurzfristig ein Ziel sein kann, hilfsweise mit Containern.

Aber die Zeit drängt: Zwar sind die Container der neuen Generation nicht mehr mit den Boxen der Vergangenheit vergleichbar. Aber: Ein richtiges Schulgebäude muss sein, und der damit verbundene Leitsatz

Zu viel Zeit für marginale Veränderungen

Gedanken zum Gewerkschaftstag: Was muss die GEW tun? Ein Diskussionsbeitrag

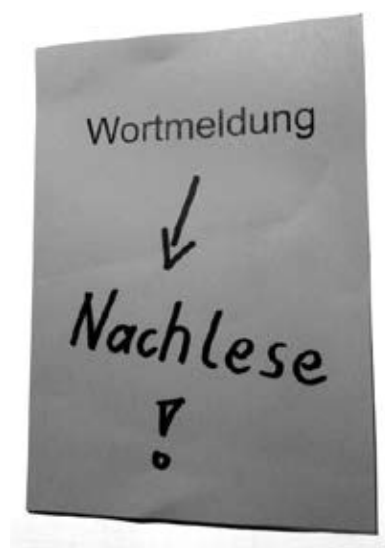
Wilfried Meyer

■ Meine Meinung zum Gewerkschaftstag im November: Eine Debatte zu bildungspolitischen Themen fehlte. Die Strategie der GEW für Bremen und BHV für das nächste Vorwahl- und das nachfolgende Wahljahr? Es wurde kein Konzept vorgelegt oder entwickelt, um es dort zu diskutieren. Das wäre für mich der Wunschscherpunkt gewesen. Es war mehr eine Veranstaltung zum Abstimmen von Anträgen und deren marginalen Veränderungen. Das hat viel Zeit in Anspruch genommen. Wann, von wem und wie wird denn die Strategie entwickelt? Warum nicht da? Inhaltlich besprochen wurden Aktionsvorschläge der BHVer/innen, die sich einige Aktionen auf der Straße für das Jahr 2018 überlegt haben. Diese lassen sich so nicht auf Bremen übertragen, für Bremen gab es aber überhaupt keine Vorschläge, weder für Aktionen noch für inhaltliche Debatten, die geführt werden sollen. Wird das jetzt dem Vorstand und dem Stadtverband überlassen?

Zeitintensive Anträge

Was muss oder kann von der GEW getan werden, um den Druck auf die Senatorin zu erhöhen, oder überhaupt aufzubauen? Welche Maßnahmen können wir bei realistischer Einschätzung mit den Mitgliedern zusammen oder mit einer kleinen aktiven Speerspitze realisieren? Mehr Einmischung, wer macht mit? Anträge werden vielleicht in der Behörde gelesen und abgeheftet. Aber was können oder müssen wir unternehmen, um dem strukturellen Verfall des Bildungsbereichs etwas entgegen zu setzen, der so runtergewirtschaftet ist wie Straßen und Brücken. Was macht Sinn, wie sind die Kräfteverhältnisse (Bündnis), wie wird das Vor-Wahljahr und die Optionen eingeschätzt? Wo sind noch Kräfte, was macht jung und alt, wie tickt man in den Kollegien, wer ist

noch aktiv? Mir fallen viele Fragen ein, die auf dem Gewerkschaftstag, einem Gremium, welches aus den gewählten Vertretern besteht, in zwei Tagen hätten angesprochen werden können. Anträgen hätte ich weniger Zeit eingeräumt. Deren Bedeutung wird überschätzt. Klar, sie sind Arbeitsaufträge an Gremien, aber sie



Stimmkarte auf dem Gewerkschaftstag

haben den Tag dominiert. Was habe ich also als Schwerpunkt mitgenommen? Ich weiß es nicht. Deswegen dieser Artikel.

Zwei Delegierten-Meinungen

1. »Eine junge Kollegin stellte den Antrag, dass Jüngere, die neu gewählt wurden, bevorzugtes Rederecht haben. Das wurde abgebußelt. Das fand ich nicht in Ordnung. Viele junge Kollegen haben vielleicht Scheu vor großen Versammlungen zu reden und haben Probleme, auf der Rednerliste auf Nr. 15 zu stehen. Wir müssen uns auf jeden Fall Gedanken machen, wie wir Newcomer unterstützen, damit sie sich auch in unseren Versammlungen behaupten können und zu Wort kommen. Unsere Arbeitsgruppe zu Kompolei fand ich

gut. Problematisch war, dass die Ergebnisse im Plenum nicht mehr vorgetragen werden durften. Es war keine Zeit für die Diskussion. Was die Anträge betrifft, war ich sehr erstaunt darüber, dass die Forderung der Grundschullehrer zwei Stunden weniger zu arbeiten, damit ihre Arbeitszeit an die der Lehrer der anderen Schulstufen angeglichen wird, umgewandelt wurde. Der neue Antrag fordert, dass alle Lehrer zwei Stunden weniger arbeiten sollen und somit die Grundschullehrer, wieder nicht auf eine Stufe mit den anderen gestellt werden. Steckt da vielleicht auch dahinter, dass GEW Mitglieder aus den anderen Schulstufen glauben, dass wir Grundschullehrer doch weniger arbeiten als Lehrer anderer Schulstufen?«

2. »Ja der Gewerkschaftstag war alles in allem für mich als Neuling schon ein spannendes Unterfangen. Na klar gab es da auch Punkte, die meiner Ansicht nach ruhig auch etwas knapper behandelt werden könnten, so z.B. Haushaltsabschluss und -plan. Nick hat das gut präsentiert, nur weiß ich nicht, ob das wirklich für alle Delegierten soooo wichtig ist. Dass es so ganz ohne Abstimmungen nicht geht, ist natürlich klar. Aber ich finde, dass die Abstimmungen sich oft nur um Details (hier einen Satz entfernen und dort ein Wort einfügen...) und wenig bis gar nicht um das »Große Ganze« drehten. Ebenso verhielt es sich bei den Diskussionen. Dass wir uns nicht gemeinsam mit Bremerhaven einigen können (siehe Aktionen), ist schon armselig. Da macht es dann keine Freude mehr zuzuhören. Insgesamt waren die »alten Hasen« schon recht tonangebend, hatte ich den Eindruck. Vor allem aber stellte sich mir im Nachhinein die Frage: Wofür waren eigentlich die Arbeitsgruppen an dem Tag? Inhaltlich wurde ja nichts davon im Plenum aufgegriffen. Ich war z.B. in der Medien-Gruppe und finde die dort vorgestellte Stellungnahme (War die vom Bundesgewerkschaftstag der GEW??) echt peinlich. Davon hätten wir uns als GEW Bremen doch klar abgrenzen können.« Vorschlag: Mehr Inhalt als Anträge, mehr Diskussion, mehr Jugend, gegen ein »Weiter so wie bisher«.

»Ein Staat, der über eine fremde Bevölkerung von 1,5 bis 2 Millionen Menschen herrscht, würde zum geheim operierenden Polizeistaat werden, mit all dem, was das für Erziehung, freie Rede und demokratische Institutionen bedeutet.«
Jeshajahu Leibovitz, 1967

»Diese aggressive und brutale Behandlung der Palästinenser stammt aus einem Standpunkt, dass je brutaler man ist, desto mehr respektieren sie dich.«
Gil Helal, über ihren Einsatz als Militärpolizistin in den besetzten Gebieten, Stellungnahme für Breaking the Silence, 2013

Der vergessene Jahrestag der Okkupation

Fünfzig Jahre währt die Besatzung der palästinensischen Gebiete

Werner Pfau

■ Von der Anerkennung Jerusalems als israelischer Hauptstadt durch die USA fühlt sich die israelische Rechte ermutigt. Im Likud wird die Annexion von Teilen des Westjordanlandes gefordert. Der Sechstagekrieg, der im Jahr 2017 ohne große öffentliche Aufmerksamkeit sein 50jähriges Jubiläum »feierte«, wäre damit endgültig zum Eroberungskrieg geworden.

Sechs-Tage-Krieg und Siedlungsprojekt

Überraschend schnell gewann Israel diesen Krieg in den ersten Juni-Tagen des Jahres 1967. Als Ergebnis fielen ihm diejenigen palästinensischen Territorien in die Hände, die nach dem Staatsgründungskrieg 1949 noch unabhängig gewesen waren. Seitdem ist in letzter Instanz die Kontrolle darüber nicht mehr aufgegeben worden. Was im sog. Friedensprozess der Neunziger Jahre angeboten und teilweise verwirklicht wurde, nennt sich nicht ohne Grund Selbstverwaltung, denn volle staatliche Souveränität für die palästinensische Seite und ein

völliger militärischer Rückzug aus den eroberten Gebieten war nie Verhandlungsgegenstand, allenfalls als fernes Endziel.

Den medienwirksam aufgelösten illegalen jüdischen Siedlungen stehen andere gegenüber, die staatlicherseits legal sind, von der israelischen Armee bewacht werden und deren Auflösung gar nicht zur Debatte steht. Die markantesten Beispiele liegen in Ost-Jerusalem, dem arabischen Teil der Stadt, der 1967 ebenfalls okkupiert und mittlerweile offiziell annektiert wurde. 300.000 Menschen wohnen in den jüdischen Siedlungen dieser Region. Im UN-Teilungsplan von 1947 war Jerusalem als Hauptstadt nie vorgesehen, geschweige denn unter Einschluss des arabischen Teils. Ebenso wenig im Abkommen über den Waffenstillstand von 1949. Die Annexion gründet sich auf überlegene militärische Gewalt – und ideologisch auf jene nationalistische Interpretation der Bibel, die lange eine Spezialität der Nationalreligiösen in Israel war, mittlerweile jedoch droht, zu einem Element des hegemonialen Diskurses zu werden, forciert durch den Likud und die Siedlerpartei, die mit am Kabinettsstisch Netanjahus sitzt. So ganz fremd waren Teilen der zionistischen Bewegung solche Gedanken auch früher nicht. Einen exklusiven, wenn auch nicht religiös begründeten Rechtsanspruch auf ganz Palästina formulierte etwa bereits Ze'ev Jabotinsky, Vordenker der heutigen Rechten, in den Zwanziger Jahren, wurde dafür aber auch von Leuten wie David Ben Gurion als »Faschist« bezeichnet.

Die Siedlerbewegung ...

Die Siedlungen in Ost-Jerusalem oder im Westjordanland wurden nicht zur Abhaltung religiöser Exerzitien am heiligen Ort gegründet; die Siedelnden sind gekommen, um Land, das »ihnen« schon einmal vor zweitausend Jahren gehörte, auf göttlichen Auftrag hin von Fremdherrschaft zu »erlösen«, wie sie es nennen. Mit dem Gründungszweck des Zionismus, Menschen jüdischer Herkunft ein Leben ohne Antisemitismus zu ermöglichen, hat das wenig zu tun. Dieser Meinung war übrigens auch der vormalige Premierminister Itzhak Rabin, der die Nationalreligiösen

1994 als »Schmach für den Zionismus und Schandfleck für das Judentum« bezeichnete. Ein Jahr später wurde er von einem Attentäter aus eben diesen Kreisen ermordet. Deren Ideologie und Methoden hat die Historikerin Idith Zertal in einer eingehenden Studie untersucht. Aus dieser stammt auch das Zitat. Gershom Gorenberg hat das politisch-ideologische Netzwerk und die Theologie der Siedlungsbewegung analysiert, für die radikale Rabbiner als Stichwortgeber fungieren. Er schreibt: »Die neue Doktrin verkürzte den universellen Gehalt der jüdischen Moral und machte den militanten Nationalismus zu einem Pfeiler des Glaubens.«

Die Vorstellung, politische Grenzen müssten wieder wie vor zweitausend Jahren gezogen werden, gehört ins Horrorkabinett eines ethnischen Nationalismus. Exklusive, bruchlose Ethnizität kann nur künstlich konstruiert werden, und das gilt auch für Israel, wie der Historiker Shlomo Sand gezeigt hat: So mancher nationalreligiöse Siedler, der sich »sein« Land zurückholen will, hatte womöglich niemals Vorfahren in dieser Gegend – sondern vielleicht im jüdischen Chasarenreich des neunten Jahrhunderts an der Wolga. Umgekehrt kann niemand widerlegen, dass die Urahnen der palästinensischen Bevölkerung bis zu den biblisch verbürgten »Philistern« zurückreichen, wofür beispielsweise die Etymologie des arabischen Wortes »Filastin« spricht. Aber unabhängig von derlei inneren Widersprüchen gilt: Es wäre sowieso völkischer Wahnsinn, die Welt nach dem Abstammungsprinzip einzurichten.

... und ihr Aufstieg

Nachdem der Sechstagekrieg sich wesentlich gegen Ägypten und Jordanien gerichtet hatte, war die militärische Kontrolle über palästinensisches Gebiet eher eine Art Nebenprodukt des Sieges, unerwartet auch für die politische Führung in Tel Aviv. Entgegen einer Empfehlung des Mossad, der eine baldige Rückgabe angeregt haben soll, behielt man die Gebiete, um die PLO zu schwächen und Verhandlungsmasse für eine spätere Neuordnung der Region zu haben. Annexionsideen wurden in



Israelische Panzer besetzen die Golanhöhen im Sechstagekrieg.

der politischen Führung diskutiert, doch letztendlich verworfen. Zum Siedlungsbau kam es tatsächlich eher von unten, durch den Aktivismus einer nationalreligiösen Graswurzelbewegung. Während die israelische Linke die zunächst illegal gebauten Außenposten misstrauisch betrachtete, waren Teile von Militär und Staatsapparat für die Idee eines Groß-Israels über die Grenzen des UN-Teilungsplans hinaus empfänglich. Laut Gorenberg war es die sozialdemokratische Arbeitspartei, die den Weg zur Legalisierung ebnete. Als später mit Begin der Likud zum ersten Mal das Ruder übernahm, wurde der Siedlungsbau durch massive staatliche Unterstützung vorangetrieben. Die heute regierende Rechte kann die Ernte einfahren und sich auf die Siedlungen als vollendete Tatsachen zur Untermauerung ihres Gebietsanspruchs berufen. Soziologin Eva Illouz beklagt, dass »die

Besatzung die moralische Sensibilität der Israelis abgestumpft« habe.

Schutz vor Terrorismus?

Heute wird als Grund dafür, warum die israelische Armee nicht abziehen könne, oft darauf hingewiesen, dass die besetzten Gebiete zur Brutstätte von Terror geworden sind. Denn mit der Hamas ist in Gaza eine Kraft am Ruder, die das Ziel der Vernichtung Israels nicht wirklich aufgegeben hat und dabei vom Iran und Qatar unterstützt wird. Zu recht heißt es, dass unter israelischer Herrschaft mehr an persönlicher Freiheit herrscht, als unter einem Mullah-Regime islamistischer Provenienz herrschen würde. So wenig also ein sofortiger Abzug ohne entsprechende Garantien nützen dürfte, so sehr es eines politischen Prozesses bedürfte, so absurd ist es gleichzeitig, die ganze Besatzung mit der Existenz des militanten Islamismus rechtfertigen zu wollen,

denn das verdreht Ursache und Wirkung: 1967 gab es noch keine Hamas, diese wurde erst 1987 gegründet. Schon zwanzig Jahre vor ihrer Gründung begann die Beherrschung und sukzessive Besiedlung der okkupierten Territorien. Niemand muss ein »stabiles Genie« sein, um zu begreifen, dass die militärische Kontrolle, ökonomische Abhängigkeit und entsprechende Perspektivlosigkeit, welche damit der palästinensischen Bevölkerung auferlegt waren, einen günstigen Nährboden für todessüchtige Propaganda »islamistischer Couleur« abgibt und nicht gerade zur Säkularisierung einer feudal geprägten muslimischen Gesellschaft beiträgt.

Gegenstimmen

Das Besatzungsregime war auch in Israel umstritten. Die eingangs zitierten Worte stammen von Jeshajahu Leibovitz, der 1934 auf der Flucht

vor den Nazis in Palästina eingewandert war, als Biologe an der Hebrew University arbeitete und später zum prominenten Kritiker israelischer Außenpolitik wurde. Selbst orthodoxer Jude, war Leibovitz zugleich scharfer Gegner der Verknüpfung von Religion und Nationalismus: »Verfälschte Religion setzt nationale Interessen mit dem Dienst an Gott gleich und verleiht dem Staat – der nur ein Instrument zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ist – einen religiös begründeten höchsten Wert«. Heutzutage kämpfen Gruppen wie die Menschenrechtsorganisation B'Tselem für zumindest die Einhaltung von humanitären Standards durch die Armee. Und in der Initiative Breaking The Silence berichten ehemalige Armeeeingehörige, welche Traumata sie im Rahmen ihrer Einsätze anderen zugefügt, dadurch aber auch selbst erlitten haben. Das zweite Zitat von oben stammt aus diesem Kontext. Nach einem aus Russland und der Türkei wohlbekannten Muster werden solche Gruppen von der Regierung als fünfte Kolonne des Auslands angefeindet.

Zwischenbemerkung, leider nötig

Herrschte in den Siebziger Jahren unter dem Zeichen des Anti-Imperialismus eine weitgehende Identifikation mit der PLO vor, so ist diese mittlerweile zum Gegenstand teilweise berechtigter Kritik geworden. Kritische Solidarität, oft beschworen, entpuppte sich eher als unreflektierte Revolutionsromantik: Irre hätte am palästinensischen Befreiungsnationalismus etwa werden können, wer die Ereignisse um die Entebbe-Entführung verfolgte. Bei der Entführung eines französischen Passagierflugzeuges 1976 durch die PLFP kam es zu einer »Selektion« jüdischer von nicht-jüdischen Geiseln – nicht nur Menschen mit israelischer Staatsangehörigkeit, auch über zwanzig andere, denen von der Entführergruppe jüdische Abstammung zugeschrieben wurde, blieben im Flugzeug, während der Rest frei kam. Zumindest die verantwortliche PLFP konnte also nicht zwischen dem Kampf gegen die israelische Regierung und Antisemitismus unterscheiden; ihre deutschen Unterstützer eben so wenig, denn zwei

Mitglieder der Revolutionären Zellen waren an der Aktion beteiligt. Einer der separierten französischen Juden war Häftling in Auschwitz gewesen – er wurde jetzt ein weiteres Mal »selektiert«, diesmal von Leuten, die sich für sozialistische Revolutionäre hielten. Die Aktion markiert zweifellos einen Tiefpunkt deutscher Palästina-Solidarität. Ein weiteres Schlaglicht auf dieses Kapitel wirft die Tatsache, dass nicht nur Angehörige der RAF, sondern 1980 auch die rechtsradikale Wehrsportgruppe Hoffmann in Beirut, unter Kontrolle der PLO, einen Rückzugs- und Trainingsraum angeboten bekam. Seit den Neunziger Jahren ist dieser verdeckte oder offene Antisemitismus zu recht kritisiert worden.

Und heute?

Doch das Pendel scheint nunmehr in die entgegengesetzte Richtung auszuschnellen. Fast jeglicher Kritik werden beizeiten antisemitische Motive unterstellt. Seltsam nur, dass die geforderte Solidarität mit Israel am Ende zu schweigender Zustimmung gegenüber dem politischen Kurs Netanjahus führt – er selbst wiederum hat, etwa mit den Antisemiten in der Trump-Regierung kein Problem, solange Groß-Israel näher rückt. Dabei ist es solche Politik, die nicht nur den unwürdigen Zustand der Besatzung perpetuiert, sondern damit auch Generationen traumatisierter Israelis hervorbringt. Als Juval Diskin in einem Dokumentarfilm gefragt wurde, was er von Leibovitz' Prophezeiung halte, sagte er: »Ich stimme dem Wort für Wort zu, es beschreibt meiner Meinung nach exakt die Zustände, die sich hier seit 1968 entwickelt haben.« Diskin war von 2005 bis 2011 Chef des Inlandsgeheimdienstes Shin Bet.

Mit wem genau ist solidarisch, wer mit Israel solidarisch sein will? Wer die mutigen Bekenntnisse von Breaking The Silence würdigen möchte oder die Aktivitäten von B'Tselem, wie kann der solidarisch sein mit der Besatzungspolitik Netanjahus? Schließlich gelten die Bemühungen der einen einem real befriedeten Zustand, welcher auf lange Sicht das Leben auch der Israelis sicherer machen würde. Die Taten der anderen bilden in trauriger Eintracht mit

Hamas und Hisbollah einen Verblendungszusammenhang von sich immer wieder aufschaukelnder Gewalt.

Empfohlene Literatur:

Eva Illouz. Israel. Suhrkamp. Erste Auflage. Berlin, 2015.

Gershon Gorenberg. Israel schafft sich ab. Campus Verlag. Frankfurt a. Main, 2012.

Gershon Gorenberg. Occupied Territories: The Untold Story of Israel's Settlements. I.B. Tauris. New York, 2006.

Shlomo Sand. Die Erfindung des jüdischen Volkes. Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand. Ullstein. Erste Auflage. Berlin, 2011.

Idith Zertal/Akiva Eldar. Die Herren des Landes. Israel und die Siedlerbewegung seit 1967. Deutsche Verlags-Anstalt. Erste Auflage. München, 2007.

Der ungekürzte Text ist auf www.gew-hb.de zu finden.



**Tanz
Performance
Pädagogik**

**Berufsbegleitende
Fortbildung
„Tanz und
Performance-
Pädagogik“**

**Institut
für berufliche
Fortbildung**

ab 25. März 2018

impuls e.V.
Fleetrade 78, 28207 Bremen
Tel. 0421-4989494
www.impuls-bremen.de

Email:
fortbildung@impuls-bremen.de

Die Isolation aufbrechen

GEW-Bildungsdelegation nach Kobanê im Frühjahr 2018

■ Motive, Ziele, Hintergrund

Die GEW arbeitet an einer Bildungsdelegation nach **Kobanê** in Nordsyrien, um sich über den Wiederaufbau sowie die Konzeption eines diversitätsbasierten, demokratischen Bildungswesens zu informieren und auszutauschen und um Kontakte zu den Organisationen der Lehrkräfte aufzubauen. Gewerkschaftsmitglieder aus verschiedenen Landesverbänden wollen im Frühjahr dorthin reisen. Als Zeitraum ist im Moment Ende März bis Anfang April 2018 vorgesehen. Die Teilnehmenden sind auch jetzt schon innerhalb und außerhalb der GEW in der internationalen Arbeit bzw. im Bereich von Diversität und Antidiskriminierung tätig und unterstützen in **Kobanê** Solidaritätsprojekte im Bildungsbereich.

Ziel der Delegation ist es, sich über die Umsetzung dieser Projekte zu informieren (Schulpartnerschaften »Jiyana nû«, Projekt Berufsschule für Mädchen, Projekt Schule für Waisenkinder »Alans rainbow«) und sich mit den Kolleg_innen vor Ort persönlich über weitere sinnvolle bzw. notwendige Schritte der Unterstützung zu beraten. In diesem Zusammenhang sollen auch Vereinbarungen über die Verwendung bereits gesammelter und zukünftiger Spenden getroffen werden.

Darüber hinaus sollen Kontakte zum Bildungsrat in Kobanê bzw. in weiteren Städten hergestellt werden, um Informationen über die Lehrerorganisationen sowie über die inhaltliche und strukturelle Neugestaltung des Bildungswesens in der Föderation Nordsyrien zu erhalten und um auf dieser Grundlage gewerkschaftliche Kooperationsmöglichkeiten zu diskutieren.

Symbol des Widerstandes

Gerade die Region um **Kobanê** hat extrem unter der Besetzung durch den IS gelitten und sich unter großen Opfern davon befreit. Die Stadt ist zum Symbol des Widerstands geworden. Weltweit berichteten die Medien

über die erfolgreiche Verteidigung der Stadt, und angesichts der großen Zerstörung Kobanes bildeten sich zahlreiche Initiativen zur Unterstützung des Wiederaufbaus. Unter schwierigen Bedingungen, wie insbesondere die Behinderung durch Grenzsicherungen und die noch immer präsente militärische Bedrohung, bauen die Menschen in Kobanê seitdem ihre Stadt wieder auf.



Kurdische Kämpferinnen in Nordsyrien. Sie kämpfen auch für Gleichstellung. Aus türkischer Sicht sind es Terroristinnen.

Die GEW ist Mitinitiatorin und Unterstützerin der Globalen Bildungskampagne. Daraus ergeben sich mehrere Bezugspunkte zum Wiederaufbau der Schulen sowie zur demokratischen Neugestaltung des Bildungswesens in Nordsyrien – denn dort wird mit Formen basisdemokratischer Selbstorganisation sowie einer Überwindung nationalistischer Ausgrenzung experimentiert, die für den Nahen Osten und auch anderswo richtungsweisend sein könnten.

Gesellschaft der Vielfalt

Die Demokratische Föderation Nordsyrien beansprucht für sich, eine Gesellschaft aufzubauen, in der die verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen der Region selbstorganisiert zusammenleben. Zugleich soll die Gleichberechtigung der Frau vor-

angebracht und ein säkulares Bildungswesen aufgebaut werden, das allen Kindern und Jugendlichen gleichen Zugang bietet. Insbesondere der Mädchenbildung kommt eine Schlüsselrolle zu. Der kulturellen Vielfalt soll im Bildungswesen durch konsequente Mehrsprachigkeit Rechnung getragen werden. Die Mitglieder der Delegation wollen sich in Gesprächen und Besuchen vom Stand dieses Aufbauprogrammes, seinen Fortschritten aber auch Problemen überzeugen. Dies kann als Grundlage für künftige gemeinsame Projekte dienen, denn bis die Schäden des Krieges beseitigt sind und ein Waffenstillstand erreicht ist, wird noch einige Zeit vergehen.

Eine traurige Aktualität hat das Projekt kürzlich durch die Angriffe der türkischen Armee auf das kurdisch verwaltete Afrin bekommen. Nachdem die kurdischen Regionen sich mühsam vom IS befreit haben, werden sie erneut überfallen. Im Schlepptau der türkischen Streitkräfte kommen die Dschihadisten aus der Nusra-Front, die als Freie Syrische Armee verkauft werden. Deutschland und die EU lassen Erdogan gewähren. Wieder werden die Kurden Opfer von Großmachtpolitik – auch darauf will die Delegation aufmerksam machen.

SprecherInnen der Projektgruppe:

Birgit Zwikirsch, Oldenburg

Berit Kranz, Köln

Süleyman Ates, Köln

■ Vorgeschichte:

Nach mehreren Beamtenstreiks im Jahr 2009 entschloss sich die GEW, das Streikverbot für verbeamtete Lehrkräfte, das in keinem Gesetz geregelt ist und ausschließlich auf der richterlichen Interpretation der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums aus Art. 33 Abs. 5 GG beruht, grundsätzlich auf den juristischen Prüfstand zu stellen (siehe BLZ 6/2016). Zunächst waren die Vorinstanzen zu durchlaufen, die Verfassungsbeschwerden zu Ent-

sieben vertretenen Ländern (an der Spitze de Maizière) und Beamtenbund, der den Untergang des (deutschen) Abendlandes beschwor, diskutierten mit unserer Seite (GEW, Verdi, DGB) einen Tag lang alle relevanten Gesichtspunkte. Besonderes Gewicht kam dabei der völkerrechtlichen Entwicklung durch die Rechtsprechung des EGMR mit ihren möglichen Auswirkungen auf die bundesdeutsche verfassungsrechtliche Lage zu. Das Bundesverwaltungsgericht hatte hier bereits 2014 einen Widerspruch gesehen, der durch den (Verfassungs-) Gesetzgeber aufzulösen sei. Dieser Auffassung wurde seitens des Bundes und der Länder massiv entgegengetreten mit der Behauptung, dass die von dem EGMR gesprochenen Urteile, die die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in Art. 11 Europäische Menschenrechtskonvention zu einem Streikrecht für verbeamtete Lehrkräfte weiter entwickelte, nicht auf die besondere bundesdeutsche Lage anzuwenden sei. Insbesondere sei die Funktionsfähigkeit des Staates gefährdet, wenn einer Gruppe von Beamten, hier 600.000 Lehrkräften das Streikrecht zuerkannt würde.

Mit einem insgesamt sehr gelungenen Auftritt konnten wir auf hohem argumentativem Niveau unsere Gegenpositionen formulieren. Praktische Probleme konnten wir mit Hinweis auf die ohnehin bestehende Problemlage

durch das Miteinander von Tarifbeschäftigten und Beamten relativieren. In juristischer Hinsicht halten wir eine Weiterentwicklung des Verfassungsrechts zum Berufsbeamtentum für dringend geboten. Das in Art. 9 GG und Art. 11 EMRK garantierte Streikrecht darf nicht mit im Wesentlichen vorkonstitutionell (!) hergebrachten Grundsätzen ausgehebelt werden, zumal selbst diese, wie in unserer Verfassungsbeschwerde in einem Abschnitt zur Rechtslage in der Weimarer Republik ausgeführt, nicht zwingend ein Streikverbot einschließt.

Und nun?

Es war erkennbar, dass sich das Bundesverfassungsgericht unter teils reger Beteiligung aller acht Richter noch keine einheitliche Meinung zum Streitgegenstand gebildet hat, so dass es derzeit wenig Sinn macht, zu spekulieren. Eines dürfte jedoch klar sein: Das Beamtenrecht bleibt nicht so wie es ist. Der nahezu komplette Ausschluss von Beteiligungsrechten hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und – Entlohnung von beamteten Lehrkräften wird zu deren Gunsten verändert werden, wie weitgehend steht in den Sternen.

Die Verkündung des Urteils ist für den Frühsommer zu erwarten. Je nach Ergebnis (und Begründung) ist dann zu entscheiden, ob der Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte angerufen wird.

»Beamtenrecht bleibt nicht so wie es ist«

Streikrecht: Mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht

Gerd Rethmeier



Gerd Rethmeier

scheidungen aus NRW, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wurde bereits 2012 eingelegt. Die 5 breimischen Fälle sind bis zu einer endgültigen Entscheidung beim OVG Bremen ruhend gestellt.

Verlauf der Verhandlung:

Die Gegenseite hatte groß aufgeföhren: Insgesamt 59 Minister, Ministerialbeamte, Rechtsanwälte wie Rechtsprofessoren aus Bund und

»Streikrecht gehört dazu«

Leserbrief zum Gastkommentar von Friedhelm Schaefer

»Auf den Staat muss Verlass sein«, WK vom 16.01.2018

Christian Gloede

Man stelle sich vor: Ärzt*innen und Krankenschwestern, Pflegekräfte, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen sowie die 200.000 angestellten Lehrkräfte in Deutschland, die tagtäglich die gleiche Arbeit tun, wie ihre verbeamteten Kolleg*innen – ja, sogar Abitur abnehmen dürfen sie – wären alle verbeamtet...

Hieße das kein Unterrichtsausfall, kein Pflegenotstand, kein Fachkräftemangel? Hieße das ein auskömmliches Einkommen für alle und statt zigtausender von Überstunden eine angemessene Personalausstattung bei der Polizei, der Feuerwehr, der öffentlichen Verwaltung und in den Schulen und Kitas? Hieße das zufriedene Bürgerinnen und Bürger aller Orten?

Der »Beamtenstatus« ist eben nicht dazu da (und noch nie gewesen), die öffentliche Daseinsvorsorge auf einem guten Niveau zu sichern, sondern dient als Spielball und Stellschraube im Rahmen der Haus-

haltsaufstellung und zur grundsätzlichen Disziplinierung.

Es wird Zeit, dass sich Beamt*innen für ihre eigenen Interessen, die in der Tat zugleich im Interesse der Bürger*innen liegen (sollten), gleichberechtigter und mächtiger einsetzen (können) als bisher. Dazu gehört auch das Streikrecht.

Übrigens fällt durch Belastung und Personalmangel mehr Unterricht aus, als sich Gewerkschaften jemals durch Streik leisten könnten und, zur Beruhigung des Herrn Schaefer, ein Streikrecht ist nicht gleichbedeutend mit der Auflösung des Beamtensbundes.



Julia Wolters, Michael Strosetzky und Mareen Sieb von der FG Inklusion und Sonderpädagogik

»Wir freuen uns über neue Gesichter«

Fachgruppe Inklusion und Sonderpädagogik

■ Wir sind eine Fachgruppe, die seit über 40 Jahren in der GEW aktiv ist. Wir haben in Bremen die Entwicklung von der Integration (in den 80er Jahren) bis zur aktuellen Forderung nach einem inklusiven Schulsystem in Bremen konstruktiv und kritisch begleitet und mitgestaltet. Aktuell ist unsere Forderung die nach einer Schule für Alle.

Für uns bedeutet Inklusion das selbstverständliche Zusammensein und -lernen ganz unterschiedlicher Menschen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine inklusive Schule Kinder und Jugendliche in ihrer Vielfalt anerkennt und jeder seinen Möglichkeiten entsprechend lernen kann. Grundlage hierfür ist eine spezifische Haltung.

Wir treffen uns regelmäßig im Schuljahr, diskutieren aktuelle Entwicklungen, planen Veranstaltungen und haben den aktuellen Stand der Inklusion an den einzelnen Schulen im Blick und leiten daraus die nach unserer gewerkschaftlichen Sicht notwendigen Forderungen für den Bereich Inklusion im bremischen Schulwesen ab.

Daneben bearbeiten wir als GEW-Fachgruppe auch folgende Fragen:

- Arbeitszeit (z.B. Herabsetzung der

Unterrichtsverpflichtung und Ausdehnung der Zeit für Planung, Beratung, Diagnostik, Kooperation u.a.m.)

- Belastung (Forderung nach garantierter Teamarbeit, Supervision, Fortbildung u.a.m.)
- Besoldung (A13 für alle Lehrkräfte)
- Ausbau der Ganztagschulen (Standards für die Ausstattung)

Folgende Schwerpunkte setzen wir uns in unserer Fachgruppe:

- Austausch über den aktuellen Stand der Inklusion an Bremer Schulen
- Ausstattung der Schulen mit räumlichen, sächlichen und personellen Ressourcen zur Umsetzung der Inklusion laut Schulgesetz
- Die Arbeitssituation der Kolleginnen und Kollegen, vor allem im Grundschulbereich, ist von ständiger Überforderung mit zu großen Klassen, fehlender Doppelbesetzung und überbordenden Dokumentationsanforderungen seitens der Behörde gekennzeichnet
- Wie können SchülerInnen mit herausforderndem Verhalten in einem inklusiven Setting beschult werden?
- Wir fordern die Übertragung der

Inklusionsideen und –forderungen auf die Privatschulen in Bremen

- Einsetzen für den Erhalt der sonderpädagogischen Kompetenzen im inklusiven Setting
- Diskutieren und reagieren auf aktuelle Beschlüsse und Entscheidungen der politisch Verantwortlichen in Senat und Bildungsdeputation
- Welche Möglichkeiten der politischen Einflussnahme gibt es, um unsere Forderungen einer Schule für Alle umzusetzen? Welche Protestformen sind wirksam und notwendig, um auf die prekäre Situation an Bremer Schulen aufmerksam zu machen?

Unsere nächsten Termine:

1. März um 17.00 Uhr Fachgruppentreffen zusammen mit der Fachgruppe Oberschule in der Geschäftsstelle.

24. Mai 2018 um 17.00 Uhr Fachgruppentreffen in der Geschäftsstelle.

Unser nächstes Wochenendseminar: 26./27.10.2018 Treffen in Bad Zwischenahn zusammen mit der Fachgruppe Oberschule

Wir freuen uns jederzeit über neue Gesichter. Wenn ihr Interesse oder Fragen habt, schreibt uns oder kommt zu einem unserer Fachgruppentreffen vorbei.

Kontakt: Mareen Sieb, Julia Wolters und Michael Strosetzky

Kontakt über die GEW-Geschäftsstelle an die FG Inklusion und Sonderpädagogik.

■ Als sich vor einigen Jahren der Generationenwechsel in den Kollegien bemerkbar machte, waren Behörde und Schulleitungen baff erstaunt, dass es plötzlich so viele Schwangere, so viele Eltern mit kleinen Kindern und so viele Beschäftigte in Elternzeit gab. Dazu noch so viele Kolleginnen und Kollegen mit zu pflegenden Angehörigen. Das Familienleben erfordert verlässliche und flexible Zeitstrukturen und muss

Schulen gerecht werden zu können. Sie verzichten damit allerdings auf monatliches Einkommen und spätere Renten- bzw. Pensionsansprüche. Und seien wir ehrlich, eine Entlastung ist so eine Stundenreduktion nicht. Es werden dabei lediglich ähnlich viele Aufgaben in kürzerer Zeit bei weniger Gehalt erledigt.

Wir müssen darum endlich aufhören, Vereinbarkeit von Familie und Beruf als individuelles Problem zu sehen – es ist ein systemisches! Familienarbeit ist eine ernst zu nehmende, aufwändige und gesellschaftlich existenzielle Arbeit. Wir müssen Schulen fit machen, sich dieser Herausforderung zu stellen und sie auch als Chance zu sehen. Als Chance, gut ausgebildeten Fachkräften die Bedingungen zu schaffen, die sie benötigen, um Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen und um diesen Beruf auch entsprechend ausüben zu können.

Wir haben zurzeit mehr als 3.000 Teilzeitbeschäftigte an Bremer Schulen. Wenn gute Rahmenbedingungen dazu führten, dass z.B. 2.500 von ihnen bereit wären, ihre Arbeitszeit auch nur um zwei Stunden aufzustocken, dann würden sie mehr Geld verdienen, mehr für ihre Altersversorgung erwerben, und dann wäre damit ein Beschäftigungsvolumen von 180 Stellen gut ausgebildeter Fachkräfte gewonnen. Allein dadurch wäre ein großer Teil der regulären Unterrichtsversorgung vernünftig abgedeckt, und Studierende, die zurzeit regelhaft als Klassenleitungen und im Fachunterricht die Aufgaben von Fachkräften über-

nehmen, könnten für echte Vertretungsfälle eingesetzt werden. Sogar der Pakt zur Verbesserung der Bildungsqualität sieht vor, Teilzeitlehrkräfte anzuschreiben und ihnen ein Angebot zur Aufstockung ihrer Arbeitszeit zu unterbreiten. Unter den jetzigen Bedingungen bezweifle ich aber, dass ein netter Brief der Behörde dafür ausreicht. Wir brauchen kreative und passgenaue Angebote guter Arbeitsbedingungen im Sinne einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den unterschiedlichen Phasen des Lebens, sei es Kinderbetreuung oder Pflege. Und was ganz wichtig ist: das Ganze nicht zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen, die nicht oder gerade nicht in Familienaufgaben eingebunden sind.

Wir fordern eine Zertifizierung der Bremer Schulen als familienfreundliche Arbeitsorte, (das hat die Behörde für die eigene Verwaltung übrigens schon seit 2015) denn das garantiert nicht nur eine bessere Vereinbarkeit für alle Akteure im Schuldienst, sondern hat auch eine große Außenwirkung. Wir stehen über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine Zertifizierung in intensiven Verhandlungen mit der Senatorin. Eine familienorientierte Personalpolitik ist darüber hinaus im Wettbewerb um Fachkräfte ein wichtiges Markenzeichen. Bremen als familienfreundlicher Standort kann das ausschlaggebende Kriterium für die Entscheidung sein, sich für einen Arbeitsplatz an Bremer Schulen zu entscheiden. – Neben der Einführung von A13 für alle natürlich. Familienfreundlichkeit muss Schule machen!

»Familienfreundlichkeit muss Schule machen«

Was (Un-)vereinbarkeit von Familie und Beruf mit dem Fachkräftemangel zu tun hat

Anke Wuthe



Anke Wuthe
Stellvertretende
Frauenbeauftragte
Schulen

gut organisiert sein, damit, wenn – wie so häufig – etwas Unvorhergesehenes passiert (ein plötzlicher Krankheitsfall eintritt oder eine andere berufliche Aufgabe hinzu kommt), nicht alles zusammenbricht und nicht mehr bewältigt werden kann. Das für die Beschäftigten zu gewährleisten, darauf waren – und sind – die Schulen einfach nicht eingestellt.

Was ist die Folge? Die für Schule so wichtigen Fachkräfte reduzieren ihre Stunden immer weiter oder verweilen länger in Elternzeit, um flexibler zu sein und den Anforderungen der

Arbeitskreis »Gute Bildung für Geflüchtete«

■ Der Arbeitskreis »Gute Bildung für Geflüchtete« hat sich das Ziel gesetzt alle, die mit der Beschulung von Flüchtlingen und Migrant*innen betraut sind, an einen Tisch zu bringen, gemeinsam für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu streiten und gute Bildung für alle

Neubremer*innen sicherzustellen. Auf den Treffen des Arbeitskreises tauschen sich die Teilnehmer*innen über die spezifischen Probleme der einzelnen Schulformen aus. In nächster Zeit wird es konkret um die Einführung von Alphabetisierungsklassen an Grundschulen und die Verlän-

gerung des Schulrechts auf drei Jahre an Berufsschulen gehen. Daneben laden wir zu den Treffen Expert*innen aus verschiedenen Themenbereichen. Geplant ist unter anderem ein Kurzvortrag zu der Anerkennung von ausländischen Lehrberufabschlüssen. Nachfragen gerne unter: bi-projekt@gew-hb.de.

Die nächsten Treffen des Arbeitskreises: Mo., 26.02., 17 Uhr; Mo, 23.04., 17 Uhr; Mo., 28.05., 17.00 Uhr

Neue Akzente für die Soziale Arbeit an Bremer Schulen

Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit
setzt auf mehr Professionalität

■ Seit es Gesamtschulen gibt, arbeiten Sozialarbeiter/innen und –pädagogen/innen an Bremens Schulen. Mit dem Ausbau der Ganztagschulen und der Erkenntnis, dass die Probleme an den Schulen neue Antworten brauchen, sind sie zunehmend beschäftigt worden, teilweise bei Schulvereinen ›neben‹ der Schule, manchmal aus unbesetzten Lehrkräftestunden bezahlt. 2014 wurden 55 Kollegen/innen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung in den Öffentlichen Dienst übernommen, 2017 weitere 80 von den Schulvereinen.

Jetzt wird ein schon länger beklagtes Problem offensichtlich: So wie sich

bundesweit schon seit Jahrzehnten Sozialarbeit und Sozialpädagogik unter dem Begriff der Sozialen Arbeit als eine Profession sehen, mit einem Berufsverband und mit einer Berufsdefinition, so ist auch die Soziale Arbeit an Schulen, mit allen ihren spezifischen Ausformungen an den einzelnen Schulen, eine Schulsozialarbeit – jetzt sogar mit weitgehend einem Arbeitgeber. Die jeweils schuleigene Umsetzung führt dazu, dass es kein klares Bild der Möglichkeiten, Arbeits- und Sichtweisen sowie Anforderungen der Schulsozialarbeit in Bremen gibt, teilweise sind sogar berufsferme Unterrichts- und Aufsichtsaufgaben zu übernehmen.

Die Schulsozialarbeit als Begriff für alle Soziale Arbeit an den Schulen braucht einen klaren Rahmen, mit dem die Kollegen/innen selbst, aber auch die anderen Berufsgruppen, Leitungen, Planer/innen, Eltern usw. umgehen können. Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Schulsozialarbeit Bremen hat die Senatorin für Bildung von der Notwendigkeit der Entwicklung einer Bremer Rahmenkonzeption für die Schulsozialarbeit überzeugt und die Verabredung erreicht, diesen Prozess gemeinsam zu gestalten.

Mit einer Kick-off-Veranstaltung am 25. Januar im LIS ist der Prozess der gestartet worden. Fast 100 Kollegen/innen aus der Schulsozialarbeit haben ihre Bedarfe, Erwartungen, aber auch Befürchtungen an eine stadtweite Konzeption formuliert.

Die LAG-Vorsitzende Tanja Sündermann: »Das war ein guter Auftakt für eine breite Diskussion über unsere professionelle Stellung an den Bremer Schulen. Holger Kühn, LAG

Blumen für Emmi

Ingrid Emmenecker ist nicht mehr im Vorstand des AK Senioren/innen.

Christian Gloede: »Emmi steht für einen gewerkschaftlichen Dreiklang von politischer Haltung, fachlichem Verstand, geprägt vom Humanismus. Insbesondere die BLZ ist geprägt von ihrem Engagement und den kreativen Ideen. Wenn ich könnte, würde ich Emmi zur ›Ehren-Schriftführerin‹ ernennen.«

(»Du darfst«, die Red.).

Als »einfaches Mitglied« wird für sie dem AK natürlich weiterhin angehören.



AK Grundschule

■ Kurz vor Weihnachten war das Treffen der Fachgruppe Grundschule bei Keksen und Punsch. Zum Feiern war allerdings aufgrund der angespannten Lage in den Schulen nicht die Stimmung.

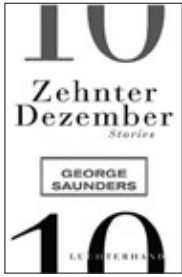
Trotz vielseitiger Mahnungen hat sich daran 2017 nichts verändert, im Gegenteil. An vielen Schulen ist es noch enger geworden, z.B. durch Einrichtung von zweiten Sprachkursen an einer Schule. Die Normaltä-

tigkeit kann schon länger nicht ausgeübt werden, geschweige denn können die vielfältigen Probleme überhaupt angegangen werden. Tendenz ist Überlastung, die durchaus sinnvoll in Überlastanzeigen ihren Ausdruck finden sollte. Studien haben gezeigt, dass für die Vorbereitung und Durchführung inhaltlicher Arbeit kaum Zeit bleibt. Und deswegen, da waren wir einig, braucht Bremen auch kein Qualitätsinstitut, welches höchstens bekannte Mängel, noch einmal sinnlos aufführen

könnte. Manche Schulen überlegen, ob ein vollwöchentliches Ganztagsangebot überhaupt aufrecht zu halten ist, oder ob man es sinnvoll auf drei Tage zusammenstreicht. Frage war auch noch, was eigentlich nach den diversen Schulleiterprotesten wurde. Aktionen wurden angesprochen, die wir weiter planen müssen. Auch wollen wir weiter überlegen, wie wir in den Kollegien mit den Missständen umgehen wollen und was die GEW dazu tun kann.

Zehnter Dezember (Stories)

von George Saunders



Es ist diese Selbstverständlichkeit, mit der Saunders den LeserInnen die technischen Errungen-schaften seiner schönen neuen Welt schildert und sie damit schockiert: So z.B. Versuche mit

Menschen, die – über ferngesteuerte Implantate gesteuert – Psychopharmaka injiziert bekommen und so in bestimmte Zustände versetzt werden. Medikamente spielen insgesamt eine große Rolle, auch um die Intelligenz zu steigern, um so bestimmten Berufs-anforderungen gerecht zu werden. Moderne Sklaven (anscheinend Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund) werden als Hauspersonal von Agenturen vermietet und untereinander mit unsichtbaren Kabeln verbunden, die durch ihre Schädel verlaufen. Ein Fluchtversuch wäre tödlich.

Momente des Grauens – aber auch der (teilweise bitterbösen) Komik – wechseln sich ab, z.B. wenn Figuren sich vor den Augen der Leser verändern, wenn z.B. die Effekte ihrer Medikamente nachlassen. Hier wird ein inhaltlicher Aspekt gleichzeitig zum stilistischen Kunstgriff, da der Autor so mit ganz verschiedenen Geisteszuständen und damit sprachlichen Ebenen experimentieren kann. Vor allem der Sprache wegen ist das Buch daher im Original (Englisch) sehr empfehlenswert.

Insgesamt ist die Kombination aus Short-Story und Dystopie sehr gelungen und abwechslungsreich. Die Handlungen und Figuren sind glaubhaft, auch weil Saunders den Alltag nicht ausspart: da gibt es Figuren, die mit ihrem nahenden Tod hadern und solche, die ihr Leben für kommende Generationen in Tagebuchform festhalten und Lotto spielen.

Einen besonderen Platz räumt Saunders der Arbeitswelt ein, die er im Zusammenhang mit Aspekten wie Effektivität, Motivation und Moralvorstellungen behandelt. Besonders beeindruckt eine Geschichte, in der es um ein Memorandum des mittleren Managements an seine Mitarbeiter geht: Ein unaussprechliches Grauen schwingt durch den gesamten Text, dass nur notdürftig hinter Floskeln und Drohungen verborgen bleibt. Was genau in »Raum 6« passiert, bleibt letztlich unklar. Dass die Arbeit mit Gewalt – ja Leben und

Tod – zu tun hat und die dort Arbeitenden seelisch zerstört, tritt jedoch zwischen den Zeilen hervor. Ein unheimlich anregendes und fesselndes Werk – es sollte in keinem Bücher-schrank fehlen.

Jan Ströh

»Krieg der Erinnerungen« und »Die andere Erinnerung«

Jörg Wollenberg
sujeet verlag 2017, 40 €



»Von Ahrens-böck über New York nach Ausch-witz und zurück« – so lautet der Untertitel des ersten Ban-des des zwei-bändigen Werkes, dass der Kollege Jörg Wollenberg, emeritierter Hochschullehrer an der Bremer Uni, vorgelegt hat. Das Buch setzt sich mit Themen unserer Geschichte auseinander, die besonders umstritten sind. Zugleich hat es eine autobiographische Seite. Der Autor hat Kindheits- und Jugenderinne-rungen, Begegnungen mit Antifaschisten und Überlebenden der Konzentrationslager und Debatten der Arbeiterbewegung miteinander verknüpft. Es enthält eine Fülle von biogra-phischen Skizzen über bekannte und wenig bekannte Persönlichkeiten, sowohl auf der Seite der Täter, als auch auf der Seite der Opfer und Widerstandskämpfer, dazu viele Dokumente.

Themen des ersten Bandes sind u.a. die Lebenslügen der Kriegsgeneration nach 1945, die Ausplünderung der Ukraine wäh-rend des Zweiten Weltkrieges, das deutsch-polnische Verhältnis, Erinnerungen an den Spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939, die Kriegsverbrechen der Wehrmacht und die Grenzsituationen des Überlebens in den Kon-zentrationslagern. Im zweiten Band geht es insbesondere um die »Geschichtspolitik«, um die Interpretationen und Auslassungen der Geschichtsschreibung. In seinen Beiträgen schöpft Jörg Wollenberg aus seinen vielen Veröffentlichungen, den von ihm organisier-ten Ausstellungen und Diskussionsveranstal-tungen, auf die er als Weiterbildner zurück-blicken kann, und die am Ende des ersten Bandes in einer umfangreichen Bibliographie zusammengestellt sind. Zwei Bücher, die man kaum in einem Zug liest, in denen man aber immer wieder neue Aspekte der vergessenen und verdrängten Geschichte entdecken kann.

j. b.

Didier Eribon, Gesellschaft als Urteil

Edition Suhrkamp, 2017, 18 €



Schwere Kost des französischen Phi-losophen, das Nachfolgebuch des viel beachteten »Rückkehr nach Reims«. Ich fange mit dem Fazit an: »Sicher bin ich mir nur, dass einzig eine immer wieder

erneuerte theoretische Analyse der Herr-schaftsmechanismen mit ihren unzähligen Funktionen, Registern und Dimensionen in Verbindung mit dem unverwüstlichen Willen, die Welt im Sinne einer größeren sozialen Gerechtigkeit zu verändern, uns in die Lage versetzt, den vielgestaltigen Kräften der Unterdrückung zu widerstehen. Nur so wer-den wir eine Politik schaffen können, die das Prädikat »demokratisch« tatsächlich ver-dient. Neben der Würdigung bekannter Auto-ren wie Hoggart, Foucault, Sartre, Djebar, Bourdieu, de Beauvoir... versucht er auch die Rolle des Bildungssystems oder der Kultur für die Analyse der Gesellschaft zu ordnen. Er als Philosoph, der den Versuch gemacht hat, sich aus seinen sozialen Verhältnissen herauszulö-sen. Dies, so eines der Ergebnisse, kann nicht gelingen. Es wird eine Entscheidung, die einen immer wieder einholt, so oder so. Ein interessantes Buch, welches stellenweise schwierig zu lesen ist, wenn einem die bear-beiteten Autoren nicht so geläufig sind. Man-che Thesen sind ungewohnt, aber schlüssig: so die, dass seine Eltern durch einen geschickten Schachzug der Herrschenden das Angebot von billigen Krediten für den Bau eines Eigenheimes auf sehr lange Zeit ver-schuldet und gebunden waren. Sie konnten sich so von vielen Zugewanderten, die in die Hochhäuser einzogen, absetzen. Eribon: »Wer Raten abzahlt, der streikt nicht«. Seine Ausführungen zur Bildung, Kultur und eige-nen Biografie und die der eigenen Familie sind lesenswert.

Wilfried Meyer

**Buchtipps
zusammengestellt
von der
Redaktion**





Es grünt so grün – wenn Senatorinnen spät fantastisch aufblühen

■ »Anmerkungen in grüner Tinte – Erinnerungen« oder »Anmerkungen mit grüner Tinte – Erinnerungen«, selbst ein so auf knallharte Faktenrecherche getrimmtes Blatt wie der »Weser-Report« konnte sich nicht festlegen wie das brandheiße Buch der Ex-Ex-Senatorin Jürgens-Pieper nun heißen mag. Ein Riesenerfolg, so die Darstellung: Das Zweisäulenmodell, hier unten durch die Autorin ihrer selbst anschaulich dargestellt, das funktionierte hervorragend und der Schulfriede wurde gewahrt. Wie

men hätte. Und dann kamen noch diese häßlichen Keime dazu, auch gegen die Senatorin resistent.

(Alter Ärztewitz: Was macht denn da so einen Lärm auf dem Krankenhausflur? Ach, das ist nur Jürgens Pieper.) So stellte sich nicht etwa eine Überforderung der Frau mit Bildung und Gesundheit heraus, nein, es lag nur am Geld, Frau Linnert hat schlicht keins rausgerückt. Im Buch »Blick zurück im Zorn«? Nein, in der SPD hackt doch eine Krähe der anderen nicht... Frau Bogedan saß daneben bei der Buchvorstellung im Haus der Wissenschaft. Die findet Schulfrieden ja auch gut, vielleicht bleibt das Kriegsbeil ja begraben auf den vielen Schulfriedhöfen und -baustellen. Und sie formuliert einen kolossalen Unterschied und Vorteil zu früher: »Ich habe eine Wahnsinns-Rückendeckung im Senat – auch von der Finanzsenatorin«.

Und »Wahnsinn« trifft es doch sehr gut, wenn die eigene Politik und die

kommen ja bald Wahlen, wir möchten die neuesten Versprechungen jetzt schon hören. Erster Vorschlag von mir: Bremen gibt pro Jahr das Geld für Schüler in Schulen, was auch Hamburg ausgibt!! Das wären, da ja Linnert hinter ihr steht, pro Jahr 174 Millionen mehr! Mehr! Steht das auch im Buch? Wird das ein Versprecher? Ich glaube nicht, denn wenn das jeder kapiert, dann herrscht Schulkrieg, und zwar zurecht. Dass die Schuldenbremse alle Gedanken in diese Richtung zunichte macht, das stört sie nicht. Im übrigen kenne ich keine Unternehmen, die nicht jährlich Kredite aufnehmen und Schulden machen, um zu investieren. Nur die Schäubles wollen mit der schwarzen Null unter die Erde. Und wir sollen darüber fahren auf schlechten Straßen, mit kaputten Brücken und maroden öffentlichen Gebäuden wie Schulen.

Zum Titel des Buches – die Farbe Grün für Senatorin (Hoffnung), blau hatte der Staatsrat (Qualm), Abteilungsleitung Schulaufsicht hatte schwarz (Bothmänner), Schulaufsicht lila (larifari), Schulleiter rosa (Brille), Lehrkräfte rot (sieht man besser), Schüler digitalfarbig zum Wischen (aktuell), bleibt nur ganz oben: Der Bürgermeister hatte und hat farblos und die Kanzlerin schreibt mit Zaubertinte aus Zwiebelsaft (alte Zitrone), heute geschrieben, morgen schon vertrocknet wie sie und hoffentlich verschwunden.

Da ich wie die Senatorin auch »für Aufstieg mit Bildung bin«, kann ich dieses Buch leider nicht empfehlen. Es bringt uns nicht wirklich nach vorn! Ich bete inbrünstig, dass kommende Werke wie »Anmerkungen mit Feuerfarbe« – Quante-Brandt, »Anmerkungen mit Wasserfarbe« – Bringfriede Kahrs, »Anmerkungen mit Erd-Kackfarbe aus Afrika« – Willi Lemke und »Anmerkungen mit Leucht-Farbe zum Weglächeln« – Bogedan, uns erspart bleiben. Bitte, ja, lasst die Bäume unangetastet für wirklich gute Bücher! Zumindest der Wald wird es danken.

Wilfried Meyer



Die zwei Säulen

wir wissen hat das und die zusätzliche Einführung von Ganztagschulen und Inklusion Bremen auf die vorderen Plätze gepusht. Ok, hätte können, wenn sie das Geld bekom-

des Senats gekennzeichnet wird, wir lieben Ehrlichkeit bei Politikern. Das heißt, weder ein Rücktritt noch Geldmangel ist im Moment zu erwarten. Wir frohlocken. Und dann

FUNDSTÜCKE

Originelle Formulierungen sind noch keine originellen Erkenntnisse.
Herbert Marcuse

Ich lebe von guter Suppe und nicht von schöner Rede. *Molière*

Den Charakter eines Menschen erkennt man erst dann, wenn er Vorgesetzter geworden ist. *Erich Maria Remarque*

Ich stehe Statistiken etwas skeptisch gegenüber. Denn laut Statistik haben ein Millionär und ein armer Schlucker je eine halbe Million. *Franklin Delano Roosevelt*

Viele Kinder haben schwer erziehbare Eltern.
Jean-Jaques Rousseau

Beim Fußball verkompliziert sich alles durch die Anwesenheit der gegnerischen Mannschaft.
Jean-Paul Sartre

**LITERARISCHER SALON**

Nina Blazon – Liebt uns, Ullstein Verlag, Berlin 2015

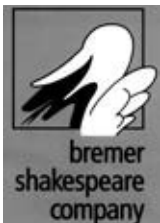
Der Literarische Salon ist ein offenes Literaturforum, zu dem Frauen herzlich eingeladen sind.

Der Roman von Nina Blazon ist ein literarisches Pendant zu einem Roadmovie. Im Mittelpunkt steht die junge Fotografin Mo, die einen ganz besonderen Blick auf die Menschen hat. Sie versucht durch ihre Linse alles zu erfassen: die versteckten Gesten, verstohlene Blicke und die Wahrheit hinter der Maske der Menschen.

Termin: Dienstag, 27.02.2018 um 19 Uhr

Eintritt: frei; Ort: belladonna

Die Veranstaltung ist für Frauen.

**BON TEMPS ROULEZ AT THE SHAKESPEARE CAFÉ**

Von Elizabeth Huffman & William Shakespeare
Premiere: 8. Februar, 19:30 Uhr. Im Theater am Leibnizplatz.
Auch am 9., 10., 11., 13., 14., 16., 17., 18. und 21. Feb., 19:30 Uhr.

KING CHARLES III

von Mike Bartlett.

25.02. 18:00 Uhr

DOKTOR FAUSTUS

Von Christopher Marlowe.
Eine clowneske Tragödie mit Musik.

23.02., 19:30 Uhr

DU KANNST GOTT ZU MIR SAGEN

Mythen aus dem Alten Testament.

24.02., 19:30 Uhr

STÜCKWERK BREMEN: »DER GROSSE KRIEG / DIE FURIEN / WAS ERNSTES«

Von Neil LaBute

26.02., 19:30 Uhr

STAATSSCHUTZ TREUEPFLICHT BERUFSVERBOT

(K)ein abgeschlossenes Kapitel der westdeutschen Geschichte. Szenische Lesung aus der Reihe »Aus den Akten auf die Bühne«.
Kooperation mit der Uni Bremen

27.02., 19:30 Uhr

**JUNGES.THEATER Bremen**

25.02. 16:00 Uhr

Premiere: **Eltern – ein Forschungsunterfangen**

9+ von Hannah Biedermann und Ensemble.

Eine Moks-Produktion

Brauhaus

»Stolz präsentieren wir 212 Exemplare einer weit Spezies, die doch selten erforscht und noch seltener in belastbare Fakten gefasst wurde. Eigentlich lässt sich nur eins uneingeschränkt feststellen: Wir alle haben sie. Eltern. Und so seid ihr, werte ZuhörerInnen dieser Lecture Performance, gleichzeitig ExpertInnen und somit KritikerInnen und FragestellerInnen.«
Auch am 28.02. 10:30 Uhr, Brauhaus

14.04. 19:00 Uhr Premiere: Of Coming Tales von kainkollektiv

Eine Moks- und Junge Akteure-Produktion

Brauhaus

»Nach Still out there, das sich mit der Überschreibung der Bremer Stadtmusikanten beschäftigte, führt kainkollektiv seine theatrale Forschung über die Märchen, die unsere Gegenwart zu erzählen hat, fort. In einer groß angelegten Installation quer durch Brauhaus, Brauhauskeller, Foyer sowie Hinter- und Lagerräume des Theaters entsteht diesmal eine interdisziplinäre Märchenmaschine.«

**SCHULVORSTELLUNGEN IM FEBRUAR**

19.02., 26.02., 27.02., 28.02. 10:00 Uhr: Der kleine Prinz

»In Der kleine Prinz beschreibt Antoine de Saint-Exupéry menschliche Eigenschaften mit der Symbolkraft märchenhafter Metaphern. Der Ignoranz und dem Mangel an Vorstellungsvermögen der Erwachsenenwelt tritt der liebenswerte Protagonist mit seiner kindlichen Fantasie und seiner Entdeckungslust entgegen.«

Regie: Christoph Jacobi | Es spielen: Mathias Hilbig, Pascal Makowka, Franziska Mencz

20.02. 10:00 Uhr: Jihad Baby!

»Nachdem sich Jona Videoposts von einem muslimischen Prediger ansieht, entwickelt er eine Faszination für den Islam und konvertiert schließlich. Und dann nimmt Musa ihn schließlich mit zu einem privaten Treffen, bei dem es um einen richtigen Kampfeinsatz im Namen Allahs gehen soll.«

Regie: Pascal Makowka | Es spielen: Lena Kluger, Holger Spengler

21.02. und 22.02 10:00 Uhr: Tschick

nach dem Roman von W. Herrndorf

»Maik und Tschick werden zu Beginn der Sommerferien als einzige nicht zum 14. Geburtstag der Klassenschönsten eingeladen. Das verbindet. Maik sitzt verlassen mit einer größeren Geldsumme in der elterlichen Villa, als Tschick mit einem geklauten, nein, geliehenen, schrottreifen Lada vor der Tür steht. Mit Geld und Auto brechen die beiden kaum Fünfzehnjährigen auf zu einer Fahrt in die Walachei.«

Regie: Christoph Jacobi | Es spielen: Susanne Baum, Mathias Hilbig, Pascal Makowka, Holger Spengler

Lust auf GEW – Lust auf Frühstück**Dienstag, 01. Mai, ab 9 Uhr****Bürgerhaus Weserterrassen****danach Sammeln für die Mai-Demo**

Bitte anmelden bis

Montag, 23. April

Unkostenbeitrag: 2 Euro für Mitglieder

7,50 Euro für Nichtmitglieder

www.gew-hb.de

info@gew-hb.de



GEW Landesvorstand Bremen · Bahnhofplatz 22-28 · 28195 Bremen
Postvertriebsstück · ZKZ 70871 DPAG · Entgelt bezahlt

Stadtverband Bremen**Februar****22.02. FG Inklusion & Sonderpädagogik**

17.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle

26.02. AK Gute Bildung für Geflüchtete

17.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle

26.02. GEW Studis

17.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle

März**01.03. FG Inklusion & Sonderpädagogik**

17.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle

05.03. AK Erwerbslose

15.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle

06.03. FG Inklusion & Sonderpädagogik

17.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle

06.03. FG Berufsbildende Schulen

16.00 Uhr, SZ Bördestraße

08.03. AG Pädagogische Mitarbeiter/innen

17.00 Uhr, Personalrat Schulen

12.03. AK Vertrauensleute

17.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle

12.03. GEW Studis

19.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle

Seminare**Seminar für Personalausschüsse**

Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Personalausschüsse? Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem und die Abgrenzung zum Personalrat aus? Wie gehen wir mit Konflikten um? Welche Unterstützung brauchen wir? Anhand von Fallbeispielen werden aktuelle Themen und Probleme der Personalausschüsse diskutiert.

Leitung: Frauke Schüdde-Schröter, Frank Zylinski, Andrea Köster

In Kooperation mit Arbeit und Leben Bremen e.V.
Bremen:

Dienstag 27.02.2018, 9-16 Uhr

Bremen, GEW-Geschäftsstelle, Bahnhofplatz 22-28

kostenlos für GEW-Mitglieder

(Nicht-Mitglieder 20 €)

Bremerhaven:**Donnerstag 15.03.2018, 9-16 Uhr**

Bremerhaven, Gewerkschaftshaus,
Hinrich-Schmalfeldt-Str. 31b

Leitung: Ima Drolshagen,

Mitglieder des PR-Schulen BHV

Kostenlos für GEW-Mitglieder

(Nicht-Mitglieder 20 €)

Gewaltfreie Kommunikation

Im Seminar geht es darum, wie wir mit einfachem Handwerkszeug eine Haltung entwickeln können, die uns Konflikte als begrüßenswerte zwischenmenschliche Verbindungsmomente erleben lässt. Eine Haltung, die im familiären und im beruflichen Kontext Begegnungen positiv gestalten lässt und Beziehungen nachhaltig stärkt. Die Teilnehmer*innen erhalten die Gelegenheit, reale Konflikte aus ihrem Leben einzubringen, um mit Hilfe der 4 Schritte der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall B. Rosenberg sich selbst und dem Konfliktpartner ein tiefes Verständnis entgegen zu bringen und damit die Grundlage für beiderseits annehmbare Lösungen zu schaffen.

Montag 09.04.2018, 9-16 Uhr

Leitung: Petra Kumm

Bremen, DGB-Haus, Bahnhofplatz 22-28

Kostenanteil: 10 € (inkl. Verpflegung),

für Nicht-Mitglieder 40 €

Konferenzrechte – Was ist möglich, um Einfluss zu nehmen?

Das Seminar Konferenzrechte bietet eine Einführung in individuelle, kollegiale und institutionelle Rechte. Außerdem werden die Möglichkeiten und Grenzen von Gesamtkonferenz und Schulkonferenz diskutiert.

Themen:

- rechtliche Grundlagen
- thematische Handlungsfelder
- konkrete Handlungsstrategien
- alternative Handlungsmöglichkeiten bei Konflikten in den Konferenzen

Es werden aktuelle Probleme und Themen aus der Schule, die Entwicklung konkreter »Projekte« für die Konferenz, sowie bei Bedarf ihre Durchsetzungsmöglichkeiten und den Umgang mit Behinderungen und Konflikten in der Konferenz besprochen.

Leitung: Andrea Köster, Frauke Schüdde-Schröter, Frank Zylinski

Dienstag 14.04.2018, 9-16 Uhr

Bremen, DGB-Haus, Bahnhofplatz 22-28

kostenlos für GEW-Mitglieder

(Nicht-Mitglieder 15 €)